

Die aus Reservisten bestehenden »Sicherungs- und Unterstützungskräfte« üben zusammen mit Bundeswehr und Hilfsorganisationen den »Heimatschutz«. Von Peer Heinelt

Seiten 10/11



Spitzelstudie

Vom Familienministerium gefördert:
3 Forschungsprojekt untersucht »Devianz« in »linksaffinen Szenen«

Spitzenkraft

Sachsen-Anhalt: Ein Bildungszentrum
4 führt einen Ex-NPD-Landeschef als Ansprechpartner

Kandidatin

Chiles Expräsidentin Michelle Bachelet
7 stellt sich erneut zur Wahl.
Von Benjamin Beutler

Hungerlohn

In Kambodscha wird der Mindestlohn in
9 der Textilbranche auf umgerechnet 75 US-Dollar angehoben

»Tragödie« in Euro-Land

Immer mehr Menschen ohne Erwerbsjob: Offizielle Arbeitslosigkeit auf Höchststand. Junge Leute besonders betroffen. Schuldenkrise verstärkt Trend. **jW-Bericht**



Realität: Jobsuchende warten vor Arbeitsamt in Madrid, Anfang März

Die Arbeitslosigkeit in den 17 Euro-Ländern hat den höchsten Stand seit elf Jahren erreicht. Im Februar waren im Währungsgebiet 19,07 Millionen Menschen ohne Job, 33 000 mehr als im Januar. Das meldete die europäische Statistikbehörde Eurostat am Dienstag in Luxemburg. Damit ist – auch wegen der andauernden Schuldenkrise – ein neuer Rekord seit der Euro-Bargeldeinführung im Januar 2002 erreicht.

Die amtliche Arbeitslosenquote lag im Februar bei zwölf Prozent – ebenfalls ein neuer Höchststand. Die Quote war bereits im Januar auf zwölf Prozent geklettert, die Statistiker hatten jedoch zunächst 11,9 Prozent gemeldet. Nun korrigierten sie nachträglich ihre Angaben. Für die gesamte EU wurde aus Luxemburg eine Quote von 10,9 Prozent gemeldet, 0,1 Punkte mehr als im Vormonat.

EU-Arbeitskommissar Laszlo Andor nannte die Zahlen inakzeptabel. Es sei eine »Tragödie für Europa«. Er ließ erklären: »Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen alle verfügbaren Mittel anwenden, um Arbeitsplätze zu schaffen und wieder zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum zu kommen.«

Die »Tragödie« wird im Jahresvergleich besonders deutlich: Demnach waren in den Euro-Ländern im Februar knapp 1,8 Millionen Menschen mehr arbeitslos als ein Jahr zuvor. Besonders schwierig ist die Lage in den südeuropäischen Krisenländern. Griechenland und Spanien melden über 26 Prozent Erwerbslosigkeit, in Portugal sind es 17,5 Prozent.

Ganz hart trifft es die Jungen: Über die Hälfte der Menschen unter 25 Jahren in Griechenland und Spanien ist ohne Job. In Portugal und Italien ist es statistisch mehr als jeder Dritte. Im

Schnitt lag die Jugendarbeitslosigkeit in der Euro-Zone bei 23,9 Prozent, ein Jahr zuvor waren es 22,3 Prozent.

Mit 5,4 Prozent hat Deutschland eine der niedrigsten Quoten. Nur Österreich steht im Euro-Raum mit 4,8 Prozent noch besser da. Die Eurostat-Zahlen können von Angaben der Behörden in den Mitgliedsstaaten abweichen, da sie vereinheitlicht werden.

Wegen der Wirtschafts- und Schuldenkrise in vielen Ländern könnten die Zahlen laut Experten noch weiter ansteigen. Das wird auch daran deutlich, daß die Industrie weiter an Fahrt verliert. Die Firmen litten im März vor allem unter dem schwachen Auftragszugang aus Ländern des Euro-Raums und drosselten deswegen ihre Produktion. Der Einkaufsmanager-Index fiel im März um 1,1 auf 46,8 Punkte, teilte das Markit-Institut am Dienstag zu seiner Umfrage unter 3 000 Firmen

mit. »Der Industriesektor dürfte die Konjunktur im ersten Quartal belastet haben«, sagte Markit-Chefvolkswirt Chris Williamson. Zugleich sei das Risiko gestiegen, daß sich der Abschwung im Frühjahr noch verstärke.

Noch deutlicher wurde die Analystin Jennifer McKeown von der Londoner Consultingfirma Capital Economics: »Angesichts der staatlichen Sparprogramme, welche das verfügbare Einkommen der Menschen belasten, und einem geringen Verbrauchervertrauen dürften die Konsumausgaben auch in den kommenden Monaten fallen«, wird die Ökonomin von Reuters zitiert. »Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr weitaus stärker zurückgehen als die 0,3 Prozent, die bisher vorhergesagt werden, auch wenn die Auswirkungen der Krise in Zypern und Italien kurzlebig sind«, so McKeown weiter.

(Quellen: dpa; Reuters)

Israel: Unruhen nach Tod von Häftling



TEL AVIV. Der Tod eines palästinensischen Häftlings in einem israelischen Krankenhaus hat Unruhen in mehreren Gefängnissen ausgelöst. Das ehemalige Mitglied der palästinensischen Sicherheitskräfte starb im Soroka-Krankenhaus in Beersheva an Krebs, wie Radio Israel am Dienstag berichtete. Die Palästinenserführung warf Israel vor, die medizinische Behandlung des Mittsechzigers vernachlässigt zu haben. Issa Qarage, palästinensischer Minister für die Angelegenheiten von Gefangenen, forderte eine internationale Untersuchung.

Israel hatte den aus Hebron im Westjordanland stammenden Mann 2002 festgenommen und wegen versuchten Mordes an Israelis zu lebenslanger Haft verurteilt. Seine Krebserkrankung war vor zwei Monaten diagnostiziert worden. Nach israelischen Angaben bekam er eine Chemotherapie. Es war bereits das zweite Mal binnen zwei Monaten, daß ein Palästinenser in israelischer Haft starb. (dpa/jW)

Polenz fordert Türkei zur Mäßigung auf

BERLIN. In der Debatte über die Platzvergabe des Oberlandesgerichts München im NSU-Prozess ist der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Ruprecht Polenz (CDU), zum Gegenangriff übergegangen. Er wolle »die türkische Politik dringend warnen, das Rad der Kritik nun noch eine Umdrehung weiter zu drehen«, sagte Polenz der Berliner Zeitung (Dienstausgabe). Es bestehe kein Anlaß, daran zu zweifeln, daß das Münchner Gericht sich »vernünftig, fair und zielgerichtet« bei der Aufarbeitung des Falles verhalten werde, so Polenz. Am vergangenen Wochenende hatte der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu seinen deutschen Amtskollegen Guido Westerwelle (FDP) aufgefordert, türkischen Medien- und Regierungsvertretern Zugang im Gerichtssaal zu gewähren. Bislang haben dort nur 50 Journalisten einen sicheren Platz erhalten. (Reuters/jW)

Junge Welt wird herausgegeben von 1374 Genossinnen und Genossen (Stand 20. März 2013). Informationen: www.jungewelt.de/lpg

Konzeptlos in Mali

EU-Mission in Afrika gestartet: 550 europäische Soldaten trainieren Regierungstruppen

Die EU mischt jetzt auch in Mali mit. Am gestrigen Dienstag hat die »European Union Training Mission« (EUTM) zur Ausbildung malischer Soldaten ihre Arbeit offiziell aufgenommen. Ein erstes Kontingent von 570 Kämpfern der Regierung des westafrikanischen Landes sei aus der Hauptstadt Bamako in das Ausbildungslager im rund 60 Kilometer entfernten Koulikoro geschickt worden, sagte EUTM-Sprecher Philippe de Cussac. Ihr Training solle zehn Wochen dauern. Zunächst

seien eine Grundschulung und anschließend Spezialausbildungen etwa in der Fernmeldetechnik vorgesehen. Zudem würden einige der Soldaten als Scharfschützen trainiert.

Insgesamt sollen für den neuen, für ein Jahr geplanten Einsatz der Europäischen Union etwa 550 europäische Soldaten nach Mali verlegt werden. Er soll rund zwölf Millionen Euro kosten. Auch die Bundeswehr beteiligt sich über ein Mandat zur logistischen Unterstützung der französischen Truppen in Mali. Neben Auszubildern

stellen die Deutschen 40 Sanitäter, die ein Rettungszentrum im Ausbildungslager aufbauen sollen.

Kritik kommt aus den eigenen Reihen. Der Chef des Bundeswehrverbandes, Oberst Ulrich Kirsch, bezweifelte am Dienstag im Gespräch mit »heute.de«, daß der Einsatz wie geplant nach zwölf Monaten beendet würde. »Die jüngsten Erfahrungen haben bereits gezeigt, daß solche Konflikte unberechenbar sein können«, erklärte Kirsch. Er hoffe, daß es nicht zu einem »zweiten Afghani-

stan« komme. Er könne jedoch »kein politisches Gesamtkonzept für die gesamte Region« erkennen.

Mit der Begründung, ein weiteres Vordringen von Islamisten in Mali verhindern zu wollen, hatte Frankreich Mitte Januar militärisch dort interveniert. Die EUTM unter der Leitung des französischen Generals François Lecointre soll die malischen Regierungstruppen nun in die Lage versetzen, wirksamer gegen die Aufständischen im Norden des Landes vorzugehen. (AFP/dpa/jW)



»Wir wollen aktiv Widerstand leisten«

Elftes Weltsozialforum tagte vergangene Woche in Tunis. Für Juni sind Aktionen in Athen geplant. Ein Gespräch mit Hugo Braun

In Tunis ist am Osterwochenende das elfte Weltsozialforum (WSF) zu Ende gegangen. Wie sieht Ihre Bilanz aus?

Mir hat dieses wunderbare Gefühl der Solidarität gefallen. Die Menschen haben sehr offen miteinander gesprochen, haben über neue Strategien der unterschiedlichsten Art auf den unterschiedlichsten Feldern diskutiert.

Einige europäische Teilnehmer kritisieren, das Forum trete auf der Stelle. Ist es so?

Diese Kritiker sollten darüber nachdenken, wieso das europäische Sozialforum gescheitert ist. Warum haben es die Europäer nicht geschafft, sich auf Themen zu einigen und einen Weg des konstruktiven Umgangs miteinander zu finden? In Tunis etwas Erfolgreiches zu kritisieren, ist destruktiv.

Das erste WSF tagte im Jahre 2001 in der brasilianischen Stadt Porto Alegre – welche Erfolge hat es seitdem gezeigert?

Die bestehen darin, daß immer neue Leute hinzukommen und sich so dieser offene Raum des Austausches erweitert. Die Gewerkschaften, die alten sozialen Bewegungen und traditionellen Nichtregierungsorganisationen sind natürlich immer wieder dabei. Es stoßen aber neue Akteure hinzu: etwa Leute, die sich dem »arabischen Frühling« verbunden fühlen, Oder Indignados« aus Spanien. Die Vorstellung, daß aus dem WSF eine Avantgarde der politischen Aktion wird, halte ich für abwegig.

Wie schätzen Ihre tunesischen Kollegen im Internationalen Rat des WSF die Ergebnisse des Forums ein?

Sie sind richtig begeistert. Ein solches Ausmaß von menschlicher Zuwendung, die über die einfache Solidarität hinausgeht, hatten sie nicht erwartet. Sie hatten nicht gedacht, daß die Europäer so neugierig auf die tunesischen Kämpfe sein würden. Das hat sie tief beeindruckt.

Das WSF ist für Außenstehende schwer zu durchschauen. Wer faßt die Beschlüsse? Was ist der Internationale Rat?

Er ist nicht gerade ein traditioneller und nach deutschem Recht eingetragener Verein mit Vorstand, Schatzmeister und Stellvertretern. Der Internationale Rat repräsentiert eine Vielzahl von Bewegungen, Gewerkschaften, Initiativen und Ein-

zelpersonen aus aller Welt. Unter manchmal komplizierten Bedingungen gibt es dort eine Meinungsbildung. Zur Zeit sucht dieser Rat nach etwas verbindlicheren Strukturen, ohne gleich eine große Bürokratie schaffen zu wollen. Bisher besteht sein Sekretariat aus einer einzigen Person, die von brasilianischen Gewerkschaften finanziert wird.

Einzigster Zweck der Arbeit des Internationalen Rates ist es, das Sozialforum als offenen Raum zu organisieren, damit sich Menschen dort treffen, miteinander diskutieren und auch gemeinsame Aktionen planen können.

Die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in der EU bräuchten angesichts der Krise ein wenig mehr, als nur einen offenen Raum für Diskussionen. Was kann der Sozialforumsprozeß da noch bieten?

Es wird Anfang Juni in Athen einen »Alter Summit«, einen Gegengipfel geben. Der wird im Gegensatz zum gescheiterten europäischen Sozialforum sehr viel aktionsorientierter sein. Dort wird der gemeinsame Widerstand gegen die sogenannte Sparpolitik der EU und der einzelnen Regierungen organisiert werden.

Was ist konkret geplant?

Vorgesehen ist, daß sich alle interessierten Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und auch politischen Parteien treffen. Es wird einen großen Kongreß und Demonstrationen geben und viele Diskussionen mit dem Ziel, der Verarmung und der Ausbeutung durch die EU programmatisch etwas entgegenzusetzen.

Danach gehen wir zurück in unsere Gewerkschaften, ATTAC-Gruppen etc.. Anschließend überlegen wir uns Aktionen, mit denen wir die Menschen in unseren Ländern dazu bringen, aktiv Widerstand zu leisten. Wir können uns zum Beispiel gut Aktionen vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main vorstellen. In anderen Ländern wird es Ähnliches geben, und wir werden sicherlich auch darüber sprechen, wie man nicht nur zu Aktionen des zivilen Ungehorsams, sondern auch zu Streiks und anderen betrieblichen Aktionen kommt. Der »Alter Summit« soll kein einmaliges Ereignis, sondern ein Prozeß sein. Das Ziel ist eine gemeinsame Kampagne gegen die europäische Austeritätspolitik.

Interview: Wolfgang Pomrehn



Hugo Braun vertritt das globalisierungskritische Netzwerk ATTAC im Internationalen Rat des Weltsozialforums



CHRISTINA PALITZSCH

Erneut Familie auf die Straße gesetzt. Vergeblich versuchten Demonstranten am Dienstag in Berlin-Neukölln, eine Zwangsräumung zu verhindern. Um 8.30 Uhr waren bereits um die 100 Aktivisten vor dem Haus in der Reuterstraße 2, in dem die betroffene Familie K. seit 15 Jahren wohnte. Trotz Eilantrag vor dem Amtsgericht, einer Beschwerde vor dem Landgericht und einer Sitzblockade vor dem Haus wurde die Familie wie geplant aus ihrer Wohnung vertrieben. Ein Eigentümerwechsel, gefolgt von Mieterhöhungen und rechtlichen Auseinandersetzungen, hatte die Lage zugespitzt, erklärte das Bündnis »Zwangsräumung verhindern«. **Jan Greve**

Zypern prüft Banktransfers

Präsident setzt Untersuchungskommission ein. Finanzminister zurückgetreten

Zyperns Finanzminister Michael Sarris ist zurückgetreten. Seinen Schritt begründete er am Dienstag auch mit Ermittlungen, wie es zum Zusammenbruch des heimischen Bankensystems kommen konnte. Sarris sagte, er habe sein Hauptziel erreicht, eine Hilfsvereinbarung mit der Euro-Zone und dem Internationalen Währungsfonds zu schließen. Sein Rücktritt sei außerdem angemessen, weil er zu einer Gruppe von Personen zähle, gegen die wegen der Schieflage des Bankensektors Untersuchungen liefen.

Das Thema steht auf der politischen Agenda des Landes inzwischen so weit oben wie die Zwangsabgaben auf Bankguthaben. Neben dem Finanzminister ist auch das Staatsoberhaupt ins Zwielicht geraten. Nun will Nikos Anastasiades Vorwürfe entkräften, seine Familie habe aufgrund von Insider-

Informationen vor einer Einfrierung der Bankgeschäfte in Zypern Geld außer Landes geschafft. Der Präsident rief eine am Dienstag eingesetzte Untersuchungskommission zur Banken- und Haushaltskrise des pleitebedrohten Landes auf, sich selbst und seine Familie »mit Vorrang« und »besonderer Strenge« zu prüfen. Die aus drei Richtern gebildete Kommission soll die Banken- und Haushaltskrise des Inselstaates aufarbeiten. Sie soll unter anderem Medienberichte prüfen, wonach Politiker, deren Angehörige und ihnen nahestehende Firmen Kredite nicht an zyprische Banken zurückzahlen mußten. Zudem geht es um Vorwürfe, daß kurz vor Abschluß der Verhandlungen über das Euro-Hilfsprogramm große Geldmengen von heimischen Banken abgezogen wurden, bevor der Geldverkehr eingefroren wurde.

Noch nicht vollständig geklärt ist, in welchem Volumen die Kundeneinlagen bei der Bank of Cyprus zur Sanierung des Instituts herangezogen werden. Nach bisherigem Stand werden 37,5 Prozent der Einlagen über 100 000 Euro in Aktien getauscht. Weitere 22,5 Prozent wurden eingefroren und werden ganz oder teilweise in Aktien getauscht. Die verbleibenden 40 Prozent sollen voraussichtlich nicht zur Sanierung verwendet werden.

Im Land stehen indes massive soziale Einschnitte bevor. In einem bekanntgewordenen Memorandum of Understanding hat der Internationale Währungsfonds u.a. Rentenkürzungen und längere Arbeitszeiten sowie Einschnitte im öffentlichen Dienst gefordert.

(Reuters/AFP/jW)

◆ Siehe Kommentar auf Seite 8

NACHRICHTEN

Rußland: Änderung des Wahlrechts

MOSKAU. Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Dienstag ein Gesetz unterzeichnet, das es den regionalen Regierungen erlaubt, direkte Gouverneurswahlen abzuschaffen. Statt dessen haben sie dann drei von Putin handverlesene Kandidaten zur Auswahl. Damit wird die Direktwahl der Provinzgouverneure nur ein Jahr nach ihrer Wiedereinführung erneut abgeschafft. Putin argumentiert, die neue Regelung sei nötig, um die Rechte von Minderheiten in ethnisch gemischten Provinzen zu schützen. Kritiker sehen in dem neuen Gesetz einen weiteren Abbau demokratischer Strukturen unter Putin. (Reuters/jW)

Bersani beendet Versuch der Regierungsbildung

ROM. Der Chef der italienischen Mitte-links-Allianz, Pier Luigi Bersani, hat seine Versuche zur Regierungsbildung am Dienstag für beendet erklärt. »Mei-

ne Aufgabe ist vorbei«, sagte er vor Journalisten in Rom. Zuvor hatte Präsident Giorgio Napolitano zwei »Expertenkommissionen« benannt, die binnen zehn Tagen ein Reformprogramm für das Land erarbeiten sollen. Bersani war vor Ostern mit der Regierungsbildung gescheitert. Die Parteien haben aber bereits angekündigt, daß sie auch die Arbeit der insgesamt zehn »Experten« ablehnen. (Reuters/jW)

Muslimen nach Kölner Hausbrand besorgt

KÖLN. Experten haben Ermittlungen zum tödlichen Feuer in einem Kölner Mehrfamilienhaus am Osterwochenende aufgenommen. Am Dienstag begutachtete erstmals ein Brandsachverständiger den Brandort in dem Haus, in dem überwiegend Menschen türkischer Herkunft wohnen. Dort waren am Samstag ein 30-jähriger Mann und eine 19-jährige Frau ums Leben gekommen. Laut Dachverband der Muslimen in Deutschland ist diese Bevölkerungsgruppe nun stark verunsichert. »Deut-

sche Bürger mit türkischer Herkunft haben große Angst, weil in den letzten Wochen immer wieder türkische Wohnhäuser mit tödlichem Ausgang brannten oder Moscheen angegriffen wurden«, teilte der Sprecher des Koordinationsrats der Muslimen, Aiman Mazyek, in Köln mit. (dpa/jW)

Oettinger: Schelte für Fracking-Gegner

FRANKFURT/MAIN. EU-Energiekommissar Günther Oettinger hat die Deutschen davor gewarnt, wichtige Entwicklungen zu verpassen. Die Debatte über neue Technologien wie die als »Fracking« bezeichnete Schiefergasförderung werde so emotional geführt, daß sie faktisch zum »Aus« der Forschung führe, sagte Oettinger der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom Dienstag. Kern der Fracking-Technologie ist, unter Einsatz von Chemikalien Flüssigkeit ins Gestein zu pressen und dadurch Druck zu erzeugen, um fossile Energieträger aus dem Gestein herauszulösen. (AFP/jW)

Abweichendes Verhalten

»Devianz« in »linksaffinen Szenen«: Vom Familienministerium gefördertes Forschungsprojekt soll Biographien kritischer Jugendlicher erfassen. **Von Janosch Trierweiler**

In der Soziologie gibt es einen Zweig, der sich mit »Devianz« beschäftigt. Diesen Begriff könnte man mit »vom rechten Pfad abkommen« übersetzen. Und wer vom rechten Pfad abkommt, bedarf der Betreuung. So betrachtet es der Staat, der sich um seine Bürger sorgt und daher die Wissenschaft bemüht, weil er herausfinden will, wer sich warum deviant verhält. Seine besondere Aufmerksamkeit gilt »linksextremen« Staatsfeinden. Den Forschungsauftrag an eine staatsgefällige Sozialwissenschaft formuliert Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber in einer »Expertise« zum »Linksextremismus« in Deutschland: »Erstens bedarf es der Erstellung von Studien über linksextremistisch motivierte Gewalttaten. Hierbei ginge es nicht nur um die Auswertung einschlägiger Akten von Straftätern, sondern auch um darüber hinausgehende qualitative Studien im Sinne eines multimethodischen Vorgehens. Als Vorbild dafür könnten die Forschungen zu rechtsextremistisch motivierten Gewalttätern dienen.« Ein erster Schwerpunkt soll dabei »im Bereich linksextremistischen Engagements in Protestbewegungen liegen. Ebendort gelingt es Akteuren aus diesem politischen Lager häufig, nicht nur Jugendliche für ihre extremistischen Bestrebungen zu mobilisieren.« Die Expertise steht auf den Seiten der »Initiative Demokratie stärken« zum Download bereit. Diese wiederum ist ein Projekt von Kristina Schröders Familienministerium, das die »Ursachen von Linksextremismus und islamistischem Extremismus bei Jugendlichen und jungen Menschen« erforschen will, um ihnen präventiv entgegenzuwirken. Das geschieht unter anderem mittels der »Demokratieerklärung«, auch Extremismusklausel genannt, die Organisationen bei Fördergeldanträgen abverlangt wird.



Dem Ruf des früheren Verfassungsschutzmitarbeiters Pfahl-Traughber wurde geleistet: Das Familienministerium finanziert derzeit ein Forschungsprojekt mit dem Titel »Zwischen Gesellschaftskritik und Militanz: Politisches Engagement, biographische Verläufe und Handlungsorientierungen von Jugendlichen in Protestbewegungen und linksaffinen Szenen«. Die Studie ist ein Gemeinschaftsprojekt der Universität Luxemburg und der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, an welcher es im Fachbereich »Polizei und Sicherheitsmanagement« angesiedelt ist. Der Leiter des Fachbereichs, Prof. Dr. Wolfgang Kühnel, forscht u. a. zu

Der »Verfassungsschutz« porträtiert die Linke: Grafik aus dem VS-Comic »Andi«

den Themen abweichendes Verhalten, Jugenddelinquenz und Gewaltkriminalität.

Die Mitarbeiter des neuen soziologischen Projekts sind angehalten, »qualitative biographische Interviews« mit Angehörigen linker Szenen und Jugendorganisationen zu führen. Zu diesem Zweck schicken sie betont unverdächtig daherkommende Anfragen an junge Linke im gesamten Bundesgebiet. Statt des offiziellen Titels erfährt man darin, daß an der Universität Luxemburg »ein

soziologisches Forschungsprojekt durchgeführt wird, das sich mit politischem Engagement von jungen Erwachsenen beschäftigt«. Der Charakter der Spitzelstudie wird folgendermaßen umrissen: »In den Interviews geht es vor allem darum, wie junge Menschen zu ihrem politischen Engagement gekommen sind, wie sich ihre politischen Aktivitäten im Laufe der Zeit verändert haben und welche Themen und gesellschaftlichen Probleme für sie wichtig sind.« Die Macher der Studie rechnen sich vermutlich einigen Erfolg aus, folgen sie doch in ihrem Vorgehen den Einschätzungen der »Initiative Demokratie stärken«, die von »großem politischen Interesse« und »hoher Diskursbereitschaft vieler linksextremistisch orientierter Jugendlicher« ausgeht. Sie empfiehlt: »Um an Erfahrung- und Handlungsspielräumen der Jugendlichen anzusetzen und andererseits relevante Multiplikatoren einzubinden, ist es wichtig, die betreffenden sozialen Räume und Quartiere zu kennen und aufzusuchen.« In den Anfragen der Soziologen liest sich das dann so: »Falls es für Euch ok ist, könnte ich auch bei Eurem Gruppenabend vorbeikommen und das Projekt kurz vorstellen.« Besonders brisant war die Vorgehensweise einer Mitarbeiterin, die ihr eigenes Engagement in linken Zusammenhängen als Türöffner benutzte.

Die Studie identifiziert unter ihren jugendlichen Forschungsobjekten anhand biographischer Merkmale Risikogruppen und liefert dem Staat und seinen zuständigen Diensten so Informationen zu deren »Behandlung« und der von ihnen ausgehenden Gefahr der »Militanz«. Wo das wissenschaftliche Augenmerk auf der privaten Biographie liegt, wird das politische Engagement zur individuellen Delinquenz.

HINTERGRUND Spitzelstudie

Ein ähnlich gelagertes Vorhaben, wie das der Luxemburger und Berliner Hochschule hat es in Hamburg bereits gegeben. Die kleine evangelische Hochschule »Das Rauhe Haus«, an der Sozialpädagogen ausgebildet werden, betrieb eine mit 43 400 Euro dotierte Untersuchung, die herausfinden sollte, »inwieweit linksextremistische Jugendliche und solche, die gefährdet sind, von den Angeboten der offenen Jugendarbeit in den Stadtteilen Hamburgs oder von Streetworker/innen in ihren Szenen erreicht werden können«. Ziel sei es zudem, »die Einschätzungen der Polizei, des Verfassungsschutzes und der Justiz um spezifische (sozial)pädagogische und sozialräumliche Perspektiven sowie die Perspektiven der Zielgruppe selbst und deren Umfeld zu ergänzen«. Im Zuge der Studie wurden Fragebögen an Jugendhilfeträger, linke Anwaltskanzleien und Projekte sowie Jugendliche verschickt. Die Adressen der Angeschriebenen hatte das »Rauhe Haus« anscheinend aus gut informierter Quelle. Der bekannte linke Anwalt Andreas Beuth erhielt nach Informationen des AstA einen Anruf einer Studienmitarbeiterin. Auf Nachfrage, wie sie auf ihn gekommen sei, erhielt er zur Antwort, daß dem »Rauhen Haus« eine Liste des Hamburger Staatsschutzes vorläge. Diese habe sie abtelefoniert.



Die Position, das Magazin der SDAJ, schrieb dazu 2011: »Die Hamburger Sozialarbeiter sollen als Helfer des Verfassungsschutzes agieren. Die linke Jugendszene soll ausgehorcht werden, und es sollen Strategien entwickelt werden, die die Szene zerschlagen. Die Durchführung der Studie am Rauhen Haus reicht sich dabei ein in den generellen Rechtsruck, den diese ehemals rote Hochschule seit einiger Zeit vollzieht.« Die Zeitschrift zitiert einen der damaligen Studierenden: »Unser Rektor Lindenberg steckt hinter dieser Entwicklung. Daß die linken Profs verschwinden, ist schlimm genug, doch diese Spitzelstudie ist der Gipfel!« (jW)

»Verfassungsschutz an Schulen und Unis«

Wissenschaft im Dienste des Staates gegen dessen »Feinde«. Ein Gespräch mit Michael Dandl

Die Universität Luxemburg betreibt in Kooperation mit der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht ein Projekt über sogenanntes deviantes Verhalten in der »linksaffinen Szene«. Was hat es damit auf sich?

Es handelt sich um eines von über 40 Vorhaben, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter Ministerin Kristina Schröder im Rahmen der »Initiative Demokratie stärken« gefördert werden. Der Projektteil weist bereits darauf hin, daß es darum geht, auf der Grundlage der wissenschaftlich kaum haltbaren »Extremismustheorie« sogenanntes demokratiefeindliches Verhalten aufzuspüren.

Man könnte also sagen, daß

Michael Dandl lebt in Heidelberg und ist Mitglied im Bundesvorstand der Roten Hilfe

hier nicht etwa ganz unbefangen und unvoreingenommen ein bestimmtes subkulturelles Milieu erforscht werden soll, sondern daß dahinter ein gewisses Staatsinteresse steckt?

Ja, davon läßt sich ganz eindeutig ausgehen. Erstens bietet der Fachbereich »Polizei und Sicherheitsmanagement« der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht Diplomstudiengänge für den gehobenen Polizeidienst an und lobt seinen interdisziplinären Ansatz, der auch sozial- und politikwissenschaftliche Module vorsieht. Man darf also annehmen, daß die durch die Studie gewonnenen Ergebnisse der Polizei zugute kommen. Ob die Verwendung der gewonnenen Daten auf die Ausbildung beschränkt bleibt oder ob sie auch an anderer Stelle den Polizeibehörden zur

Verfügung gestellt werden, bleibt dabei offen. Zweitens ist bekannt, daß von Luxemburg ausgehend vor allem Mitglieder der SDAJ, die an der Universität Trier studieren, interviewt werden sollten. Eine Projektmitarbeiterin war zuvor in SDS-Strukturen in Trier aktiv und hat jetzt versucht, ihre bestehenden Kontakte zu nutzen. Bereits im Heidelberger »Fall Brenner« heißt es in der polizeilichen Einsatzanordnungsakte, daß Universitätsstädte – wie beispielsweise Trier – gewissermaßen »Magnet für Linke« darstellen. Deshalb sei das Interesse groß zu erfahren, wer sich da organisiert und wie die Leute überhaupt dazu kommen, die bestehende Ordnung in Frage zu stellen.

Gibt es denn über die aktuelle Studie hinaus weitere bekannte Fälle, in denen der Staat wissenschaftlich verbrämt linke Strukturen ausschnüffeln wollte?

Ganz allgemein ist es so, daß der Verfassungsschutz mittlerweile an Schulen und Universitäten auftaucht. Professoren werden gefördert und protegiert, die die Themen »Verfassungsfeindlichkeit«, »verfassungsfeindliche Strukturen«, »Extremismustheorie« usw. bearbeiten. Außerdem gab es vereinzelte Fälle, bei denen an Schulen »Extremismustests« von Mitarbeitern der jeweiligen Landesämter des Verfassungsschutzes durchgeführt wurden.

Und konkret?

Mir ist ein Fall aus Berlin bekannt, der allerdings schon über zehn Jahre zurückliegt. Über eine Vermittlungsstelle wurde damals versucht, Personen für Feldforschung und Internetrecherche zu gewinnen. In der Ausschreibung stand, man interessiere sich für Neonazistrukturen. Dann stellte sich aber heraus, daß es sich dort um Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz

handelte, deren Ziel es war, die linke Szene, die sich im Berliner Mehringhof traf, auszuforschen. Auch dieses Vorhaben hatte ein universitäres Deckmäntelchen.

Wissenschaft und Sicherheitsbehörden harmonisieren?

Betrachten wir den Fall der Roten Flora in Hamburg (siehe Spalte, jW). Mittlerweile ist eine wissenschaftliche Untersuchung über dieses linksautonome Zentrum im Nomos-Verlag erschienen, die der Nestor der »Extremismusforschung«, Eckhard Jesse, als »Pionierleistung« würdigt. Solche Forschungsergebnisse, die einen eindeutig staatsfeindlichen und gewaltbereiten Charakter der anvisierten Szene zu belegen suchen, fließen auf unterschiedlichem Wege in die Verfassungsschutzberichte ein und tragen mithin dazu bei, den Inlandsgeheimdienst zu legitimieren.

Interview: Daniel Bratanovic

ZITAT DES TAGES

Natürlich muß die Justiz neutral sein, aber sie muß auch an den Opfern und vor allem auch an den Opfergruppen nicht preußische Verwaltungsakrobatik exerzieren.

Der Schriftsteller Navid Kermani im Gespräch mit dem Deutschlandfunk über die Platzvergabe an Journalisten beim NSU-Prozess.

Altmaier: »Schrille« Gleichberechtigung

BERLIN. In der Zeitung *Die Welt* (Dienstagsausgabe) warnte Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) davor, die Stammwähler der Union aus den Augen zu verlieren. So solle die Union als Volkspartei zwar eine breite Masse von Wählern ansprechen, dabei allerdings »nicht schrillen Einzelgruppen hinterherlaufen«. Mit ähnlichen Worten (»schrille Minderheit«) hatte zuvor CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt die Befürworter einer Gleichstellung der sogenannten Homo-Ehe bezeichnet. Altmaier forderte weiter, das Programm der Union »sollte eine klare Absage an extreme politische Vorstellungen enthalten«. (Reuters/jW)

Lammert kritisiert Managergehälter

BERLIN. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat sich in der Debatte um Managergehälter ebenfalls zu Wort gemeldet und Auswüchse beklagt. Im Gespräch mit der *Leipziger Volkszeitung* (Dienstagsausgabe) forderte Lammert die Unternehmen auf, die Debatte »ernst zu nehmen und selber aufzugreifen«. Derweil erklärte Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) in *Bild* (Dienstagsausgabe), eine Gerechtigkeitsdebatte dürfe »nicht mit Umverteilung verwechselt werden«. Angesichts der erfolgreichen Schweizer Volksinitiative zur Begrenzung von Managergehältern war auch in Deutschland eine Diskussion über deren Angemessenheit in Gang gekommen. (AFP/jW)



GWR Nr. 378, April: Occupy war eine Generalprobe; An Europas Grenzen: Syrische Flüchtlinge gestrandet, entrechtet, im Stich gelassen; Fukushima ist überall; Eine Fußnote über Schavan und anarchistische Diebstahl-Konzepte; Proteste in Portugal ...; Probeabo: 5 Euro (3 Ex.), Abo: 30 Euro (10 Ex.). Bei: GWR-Vertrieb, Vaubanallee 2, 79100 Freiburg, Tel.: 0761/2160940-7, Fax: -79; abo@graswurzel.net

Neonazi als Sozialarbeiter

»Jugendarbeit« in Sachsen-Anhalt: Halberstädter Bildungszentrum führt Ex-NPD-Kader als Ansprechpartner für Ausbildungsbewerber. Von Susan Bonath

Matthias Heyder ist bekannt in Sachsen-Anhalt. Zur Landtagswahl vor zwei Jahren prangte sein Konterfei allorts auf NPD-Plakaten, zusammen mit aggressiven rechten Parolen, wie etwa »Kriminelle Ausländer raus« oder »Deutsche Kinder braucht das Land«. Heyder, damals NPD-Landesvorsitzender, macht aus seiner neofaschistischen Gesinnung bis heute keinen Hehl. Ein Halberstädter Bildungszentrum hat das offenbar nicht gestört. In über die Lehrstellenbörse der Industrie- und Handelskammer (IHK) veröffentlichten aktuellen Ausbildungsangeboten des Unternehmens »Treulieb Management«, das sich der Aus- und Weiterbildung im Gesundheits- und Sozialwesen verschrieben hat, »freut« sich der Neonazi »auf deine Bewerbung«. Er ist dort als direkter Ansprechpartner für Jugendliche, die eine Ausbildung als Bürokaufmann suchen, angegeben.

Im Wahlkampf vor zwei Jahren galt Heyder als Zugpferd für die neofaschistische NPD. Daß deren Einzug in den Landtag von Sachsen-Anhalt an knappen 0,4 Prozentpunkten scheiterte, könnte unter anderem an den Schlagzeilen liegen, für die der rechte Spitzenkandidat damals gesorgt hatte. So hatte der Journalist Patrick Gensing kurz vor der Wahl in der *Tageschau* über das geschlossene rechte Forum »Freie Freunde« berichtet, das auf den früheren sächsischen und heutigen NPD-Bundesvorsitzenden, Holger Apfel, registriert war. Unter dem Pseudonym »Junker Jörg« soll Heyder darin über mögliche Sprengstoffanschläge diskutiert, Anleitungen zum Bau von Bomben gegeben und »die tapferen Nationalsozialisten« dazu aufgerufen haben, linke Politikerinnen zu »schänden«. Dabei soll er sich auch konkret auf eine sächsische Landtagsabgeordnete bezogen und deren Internetseite verlinkt haben.



NPD-Spitzenkandidat Matthias Heyder im Landtagswahlkampf 2011

Das Innenministerium des Landes ging damals davon aus, daß es sich bei »Junker Jörg« »ganz offenbar um Heyder handelt«, wie ein Sprecher am 15. März 2011 der *Mitteldeutschen Zeitung* sagte. Landeskriminalamt (LKA) und Staatsanwaltschaft schätzten die Einträge als »strafrechtlich relevant« ein und begannen, gegen den Neonazi zu ermitteln. Dies stieß damals im Magdeburger Landtag eine neue Debatte um ein NPD-Verbot an. Zwar schloß die sich bürgerlich gebende Partei Heyder danach aus ihren Reihen aus. Zudem wurde das Verfahren ein Jahr später »mangels konkreter Beweise, daß die Einträge tatsächlich von Heyder stammten« eingestellt. Von der rechtsextremen Szene distanziert hat sich der Neonazi deshalb nicht.

Wie sein Facebook-Profil beweist: Auf Heyders Freundesliste tummeln sich hochrangige NPD-Kader, rechte Verlage, Verbände der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) und Mitglieder militanter Neonazi-Kameradschaften, wie etwa dem »Nationalen Widerstand«.

Über das Bildungszentrum war Neonazi Heyder noch gestern telefonisch direkt für Ausbildungswillige – und für jW – zu erreichen. Auf Nachfrage bestätigte er nur: »Ja, ich habe 2011 kandidiert.« Eine »Treulieb«-Mitarbeiterin meinte zu jW, ihr sei nichts von den rechten Freizeitaktivitäten Heyders bekannt. Ebenso wenig wisse sie, daß er vor zwei Jahren Sachsen-Anhalts NPD-Spitzenkandidat war. Der Geschäftsführer des Bildungswerks, Andreas

Treulieb, zeigte sich gegenüber jW »erstaunt«. Er habe lediglich gewußt, »daß Herr Heyder früher Kontakte zur NPD hatte«. »Er hat mir aber versichert, nicht mehr aktiv zu sein.« Zudem habe Treulieb, der »ein unpolitischer und sozialer Mensch« sei, die Zusammenarbeit mit Heyder bereits vor drei Monaten »wegen anderer Unstimmigkeiten weitgehend eingestellt«. Er werde den Kontakt schnellstmöglich aus dem Angebot entfernen«, versicherte er. Frank Laudan von der IHK Sachsen-Anhalt in Magdeburg gab auf Nachfrage zu bedenken: »Die Firmen können sich in unserer Lehrstellenbörse selbstständig einloggen, Angebote einstellen und Daten hinterlegen. Darauf haben wir keinen Einfluß.« Laudan versprach, dem Hinweis aber nachzugehen.

DOKUMENTIERT: NICHT DER ERWIRTSCHAFTUNG VON PROFITEN VERPFLICHTET

◆ Offener Brief der »Initiative Genossenschaft von unten« an die Vorstände der Berliner Wohnungsgenossenschaften

Sehr geehrte Damen und Herren Vorstände, am 1. Mai 2013 tritt das »Ge-

setz über die energetische Modernisierung von vermietetem Wohnraum und über die vereinfachte Durchsetzung von Räumungstiteln (Mietrechtsänderungsgesetz)« in Kraft. Das Gesetz bringt erhebliche Verschlechterungen für die Mieter mit sich. Das gilt auch für die Mitglieder und Mieter der Wohnungsgenossenschaften, denn die Nutzungsentgelte werden nach dem Mietrecht behandelt. (...)

Die Genossenschaften als Solidargemeinschaften sind nicht der Erwirtschaftung von Profiten verpflichtet. Ihr Ziel ist eine gute und sichere Wohnungsvergung zu sozial vertraglichen Nutzungsentgelten. Da die Wohnungsgenossenschaften unter den bisherigen mieterrechtlichen Bedingungen einen hohen Grad der Modernisierung ihrer Wohnungsbestände erreichen konnten, ohne Verluste zu erleiden, sind wir der Meinung, daß die Genossenschaften diesen erfolgreichen Weg auch mit den bisher gültigen Bestimmungen fortsetzen können. Die Mitglieder der Wohnungsgenossenschaften haben gleiche Rechte und können Gleichbehandlung verlangen. Das ist jedoch nur gewährleistet, wenn diejenigen Mitglieder und Mieter, deren Wohngebäude entsprechend

der Planung der Vorstände erst 2013 oder später modernisiert werden, die gleichen Rechte haben wie jene, die nach den alten Bestimmungen behandelt wurden. Wir appellieren deshalb an Sie, die Vorstände der Berliner Wohnungsgenossenschaften, auf die Anwendung der neuen Bedingungen und auf die damit verbundenen zusätzlichen Einnahmen bzw. Einsparungen freiwillig zu verzichten.

1) Die Mitglieder und Mieter sollen wie bisher ein Einspruchsrecht gegen die angekündigten Maßnahmen und Mieterhöhungen haben. D.h. die Genossenschaft als Vermieterin soll weiterhin die Zustimmung der Mitglieder und Mieter einholen. Das setzt Beratungen mit den Mietern voraus, in denen in demokratischer Aussprache ein Konsens über die Modernisierungsmaßnahmen und über die Umlage der Kosten erzielt werden kann. (...)

2) Die Mitglieder und Mieter, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes von der energetischen Modernisierung und anderen Modernisierungsmaßnahmen betroffen sind, sollen wie bisher für drei Monate eine angemessene Mietminderung erhalten (...)

3) Härtefälle sollten in genossenschaftlicher Aussprache mit den Betrof-

fenen vor Beginn der Modernisierung gelöst oder gemildert werden. (...)

4) Ein wesentlicher Ausdruck der Mietpreistreiberei sind die zugellosten Mieterhöhungen bei Neuvermietung. Die Genossenschaften sollten sich daran nicht beteiligen. Insbesondere sollten sie darauf verzichten, das Nutzungsentgelt zu erhöhen, wenn Mitglieder aus gesundheitlichen oder sozialen Gründen (...) in eine kleinere oder besser zugängliche Wohnung umziehen.

5) Genossenschaften sollten nur im Ausnahmefall vom Recht auf Mieterhöhung innerhalb von drei Jahren Gebrauch machen (...). Darüber hinaus sollten die Genossenschaften entsprechend den Vorschlägen von Parteien und Mieterverbänden die Kosten der Modernisierung statt mit elf nur mit neun Prozent jährlich auf die Nutzungsentgelte umlegen. (...)

Nach unserer Auffassung sollten (...) die Wohnungsgenossenschaften durchgängig entschlossene Schritte gehen, um dem beunruhigenden Anstieg der Wohnungsmieten in ihrem Bereich zu begegnen. Das könnte auch für kommunale Wohnungsunternehmen als Beispiel dienen. (...)

Berlin, 25. März 2013

Energie im Überfluß

Deutsche Stromexporte dank Wind und Sonne 2012 vervierfacht. Börsenpreis rutscht zeitweise ins Minus. Verbraucherschützer wollen Offshore-Projekte stoppen

Verbraucherschützer wollen den Ausbau der Windkraftnutzung vor der Nord- und Ostseeküste stoppen. »Der Bau von Seewindanlagen weit draußen und tief im Meer stellt sich immer mehr als ein ökonomischer und technologischer Irrläufer heraus«, heißt es in einer Analyse der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbz), aus der die Deutschen Presse-Agentur dpa am Dienstag zitierte. »International wird sich allenfalls Seewind in Küstennähe durchsetzen, was aber in Deutschland wegen des Wattenmeers nicht infrage kommt«, schreibt Autor Holger Krawinkel in der Studie und empfiehlt einen zeitnahen Ausstieg. Je schneller ein solcher in Angriff genommen werde, desto geringer würden die Kosten ausfallen.

Als Argument führt der vzbz vor allem die Stromkosten für Haushalte ins Feld. Da für Offshore-Windstrom in den ersten Jahren nach Errichtung der Anlagen sehr hohe Einspeisevergütungen bezahlt werden, sei mit spürbaren

Zusatzbelastungen zu rechnen. Die Kosten dafür werden auf die Stromrechnung der Bürger aufgeschlagen. Um den Netzanschluß der maritimen Windkraftwerke zu beschleunigen, wurde Anfang des Jahres außerdem eine Sonderumlage eingeführt, die einen Durchschnittshaushalt pro Jahr knapp neun Euro zusätzlich kostet.

Bisher plant die Bundesregierung in der Nord- und Ostsee bis 2020 Anlagen mit einer Leistung von 10 000 Megawatt, bis 2030 sollen es sogar 25 000 Megawatt sein. Derzeit sind es erst rund 200 Megawatt. In der Branche wird schon jetzt nur noch mit 6 000 bis 8 000 Megawatt bis 2020 gerechnet. Gerade an der Küste sind viele Unternehmen vom Offshore-Zweig abhängig, ein Eindampfen der Ausbaupläne könnte viele Arbeitsplätze kosten. Bis 2030 sind zur Anbindung der Windparks rund 3 880 Kilometer Seekabel notwendig und 25 Konverterplattformen, die den Strom sammeln und für den Transport umwandeln.

Mecklenburg-Vorpommerns Regierungschef Erwin Sellering (SPD) erklärte zu der vzbz-Studie, die Nutzung der Windkraft auf hoher See sei trotz der zunächst hohen Investitionskosten unverzichtbar. »Wir brauchen die Windkraft auf See und an Land, damit die Energiewende gelingt«, sagte er am Dienstag in Schwerin. Windräder vor den Küsten seien für die Bevölkerung weniger belastend, erläuterte Sellering. Vor allem aber wehe auf See der Wind stärker und verlässlicher, so daß »praktisch grundlastfähig« Strom produziert werden könne.

Unterdessen bestätigten sich am Dienstag Zahlen von Anfang des Jahres, wonach Deutschland durch Wind- und Solarenergienutzung den höchsten Exportüberschuß beim Strom seit 2008 erzielt hat. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, hat Deutschland im ersten Jahr nach der Energiewende seine Stromausfuhren vervierfacht. 2012 sei der Überschuß auf 22,8 Terawattstunden (TWh) gestiegen. Im einzelnen

importierte Deutschland im vergangenen Jahr 43,8 TWh Strom und führte 66,6 TWh aus. Mit dem Stromhandel erzielte Deutschland im vergangenen Jahr einen Außenhandelsüberschuß von 1,4 Milliarden Euro.

Wie der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) mitteilte, hat der Boom bei den Erneuerbaren Energien den Strompreis an der Börse erstmals zur Mittagszeit sogar ins Minus rutschen lassen. Energieversorger, die am Sonntag vor einer Woche kurzfristig Strom absetzen wollten, hätten theoretisch noch etwas hinzuzahlen müssen, erklärte der BDEW. Grund hierfür seien das Aufeinandertreffen mehrerer Effekte gewesen. Wind und Sonne waren zeitgleich so reichlich vorhanden, das 16,9 Gigawatt Windenergie und 14,1 Gigawatt Solarenergie ins Netz eingespeist wurden. Das entspricht der Leistung von etwa 30 Atomkraftwerken. Der Börsenpreis am Spotmarkt sei auf minus 50 Euro je Megawattstunde gefallen. (jw/dpa/Reuters)

Hartz IV: Rürup für Zuverdienstreform

BERLIN. Der frühere Chef der Wirtschaftsweisen, Bert Rürup, hat eine Reform der Hinzuverdienstregeln beim Arbeitslosengeld II gefordert. Die momentane Gesetzeslage begünstige die Aufnahme geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, sagte der Ökonom der in Düsseldorf erscheinenden Rheinischen Post vom Dienstag. Die Regeln müßten daher deutlich geändert werden. Die ersten 100 Euro sollten nicht mehr anrechnungsfrei sein, dafür sollten alle Hinzuverdienste nur noch zu 50 Prozent angerechnet werden, so der Vorschlag. Bisher werden Zuverdienste oberhalb von 100 Euro beim Arbeitslosengeld II zu bis zu 80 Prozent angerechnet. Rürup wandte sich zugleich gegen die Forderung der Grünen, die Minijob-Grenze von 450 auf 100 Euro zu senken. (AFP/jw)

Mord in Jobcenter: Lebenslang gefordert

DÜSSELDORF. Nach der tödlichen Attacke auf eine Jobcenter-Mitarbeiterin fordert die Staatsanwaltschaft eine lebenslange Haft für den Angeklagten. Ein Sprecher des Landgerichts Düsseldorf teilte am Dienstag mit, daß dem mutmaßlichen Täter Ahmed S. heimtückischer Mord vorgeworfen wird. Im September 2012 soll der Angeklagte die Mitarbeiterin des Neusser Jobcenters mit einem Fleischermesser erstochen haben. Nach Angaben von S. hatte dieser das Jobcenter verdächtigt, Mißbrauch mit seinen Daten zu betreiben. Am Donnerstag wird die Hauptverhandlung mit dem Plädoyer der Verteidigung fortgesetzt. (AFP/jw)

Veganer warten auf Antwort von Aigner

HAMBURG/BERLIN. Drei Organisationen haben am Dienstag einen Gesetzentwurf für eine Kennzeichnungspflicht bei Lebensmitteln mit Zutaten oder Zusätze tierischen Ursprungs vorgelegt. Die »vegane gesellschaft deutschland«, der »Vegetarierbund Deutschland« und die Verbraucherorganisation »foodwatch« kritisierten, daß viele Lebensmittel solche Anteile enthielten, ohne diese zu deklarieren. In einer Unterschriftenaktion hatten mehr als 50 000 Verbraucher einen Brief unterzeichnet, in dem von Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) eine entsprechende Gesetzesänderung gefordert wird. (jw)

ST.-PAULI-FANS UNTERSTÜTZEN STREIKENDE BEI NEUPACK

HAMBURG. Am 1. April ging der Streik beim Hamburger Verpackungshersteller Neupack in den sechsten Monat. Seit dem 1. November 2012 streikt die Mehrheit der rund 200 Beschäftigten. Dafür bekamen sie gut sichtbare Unterstützung beim Spiel St. Pauli gegen Paderborn am Montagabend in Hamburg. Aktivisten des Soli-Kreises verteilten Flugblätter. Vor dem Spiel und in der Halbzeit waren auf allen vier Tribünen des Stadions Transparente mit der Aufschrift »Solidarität mit den Streikenden bei Neupack!« zu sehen. Nach Aussage von Aktivisten war die Resonanz unter den Fans »enorm«. Der Kampf für einen Tarifvertrag und bessere Arbeitsbedingungen setzt sich diese Woche fort – auch wenn die Kollegen wegen der »Flexi-Streik«-Taktik ihrer Gewerkschaft IG BCE seit über zwei Wochen wieder bei der Arbeit sind. Am Donnerstag beginnt eine Gerichtsverhandlung wegen der Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden Murat Günes. Am gleichen Tag läuft eine »Erklärungsfrist« ab, die die Gewerkschaft dem Unternehmen gesetzt hat. Bis dahin soll Neupack zu einem Einigungsvorschlag der IG BCE Stellung nehmen. Wlodek Flakin



Widerstand gegen Schießplatz und Militärstadt

Sachsen-Anhalt: Ostermärsche in Zeitz und Dolle gewannen an Zulauf

Schulen statt Schießplätze!« lautete die Forderung auf einem Transparent. Auf einem anderen hieß es: »Wir brauchen keine Knallerei, die Zeiten der Besetzung sind vorbei!« Der Ostermarsch in der 30 000-Einwohnerstadt Zeitz im Süden Sachsen-Anhalts stand zwar kaum im öffentlichen Blickfeld, war aber einer der größten in der Bundesrepublik: Bis zu 1000 Menschen demonstrierten dort am Montag gegen eine geplante Bundeswehrschießanlage.

Die Bürgerinitiative »Kein Schuß im Zeitzer Forst«, die den Marsch organisiert hatte, setzt sich seit Februar 2011 für eine zivile Nutzung des Waldgebietes an der südlichen Grenze

Sachsen-Anhalts zum Nachbarland Thüringen ein. Damals war aus den Medien bekannt geworden, daß die Bundeswehr dort in unmittelbarer Nähe zu 10 Ortschaften und einem Waldspielplatz für über 10 Millionen Euro eine Schießanlage errichten will, der rund 7000 Quadratkilometer Wald zum Opfer fallen sollen. Tags, nachts und an den Wochenenden sollen dort Soldaten schießen üben, auch aus fahrenden Autos heraus. Seitdem nimmt das Militär das einstige Erholungsgebiet immer weiter in Beschlag. Auch am Montag durften die Demonstranten viele Waldwege nicht benutzen. Dieter Kmietczyk von der Initiative betonte, man werde »über Widersprüche bis

hin zu Klagen alle Mittel ausschöpfen, um den Bau der Anlage zu verhindern«. Der linke Bundestagsabgeordnete Roland Claus verwies auf einen Erfolg in Brandenburg. Dort sei im Jahr 2010 ein Übungsplatz für Tiefflüge und Bombenabwürfe durch friedlichen Widerstand verhindert worden.

Auch im kleinen Ort Dolle in der Colbitz-Letzlinger Heide forderten mehr als 250 Menschen »Militär raus – Schnöggersburg gehört uns«. Im nahen Gefechtsübungszentrum (GÜZ) Altmark baut die Bundeswehr derzeit eine 6,5 Quadratkilometer große und mehr als 100 Millionen Euro teure komplette Stadt namens Schnöggersburg, wo NATO-Soldaten ab 2016 für Kriegsein-

sätze trainieren sollen. Dieser Ostermarsch war zugleich der 237. Friedensweg der Bürgerinitiative Offene Heide. An Holocaust-Gedenkstätte in Dolle, die an 67 KZ-Häftlinge erinnert, welche dort im Jahr 1945 nach ihrem »Todesmarsch« von den Nazis ermordet wurden, appellierte die 88-jährige KZ-Überlebende Esther Bejarano: »Das Wichtigste und Kostbarste bleibt der antifaschistische Widerstand«. Gemeinsam mit ihrem Sohn Joram Bejarano und dem Kölner Rapper Kutlu Yurtseven sang sie jüdische und antifaschistische Lieder. Ihr wichtigstes Anliegen sei es, junge Menschen über den damaligen und heutigen rechten Terror aufzuklären, sagte sie. Susan Bonath

Lesen Sie am Mittwoch, 10.4., in Junge Welt:

marxismus

Zwölf Seiten extra
14 Spalten Inhalt für Arbeitslosengeld II, 20 Euro im Monat
 1000000, 1000000, 1000000, 1000000

junge Welt

Erdogan beruft »Rat der Weisen« ein

ISTANBUL. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan beruft einen »Rat der Weisen« ein, der die Bemühungen um ein Ende des Kurdenkonflikts begleiten soll. Der Kommission werden Schriftsteller, Künstler, Akademiker und Vertreter regierungsunabhängiger Organisationen angehören, wie Erdogan am Dienstag sagte. Namen nannte er nicht; die Kurdenpartei BDP fordert unter anderem die Aufnahme von Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk in das Gremium. Der Rat soll in sieben Regionen der Türkei mit Politikern, Medien und Wählern in Kontakt treten und die Maßnahmen für ein Ende des Konflikts erläutern. (AFP/JW)

Empörung in Rio nach Vergewaltigung

RIO DE JANEIRO. Die Vergewaltigung einer US-Studentin in Rio de Janeiro hat in ganz Brasilien Empörung ausgelöst. Nach Angaben der Polizei waren die 21jährige US-Studentin und ihr 23jähriger französischer Freund in der Nacht zum Sonntag in einem Kleinbus überfallen und sechs Stunden lang gepeinigt worden. Demnach warfen zwei Männer die anderen Passagiere aus dem Fahrzeug, schlugen den Franzosen, banden das Paar fest und vergewaltigten abwechselnd die junge Frau. Zwei Männer wurden inzwischen festgenommen, nach einem dritten Verdächtigen werde noch gefahndet, sagte ein Polizeisprecher am Montag. (AFP/JW)

Überfall auf Gasfeld im Irak

BAGDAD. Beim Überfall auf ein Gasfeld im Irak sind am Montag mindestens drei Arbeiter getötet und zwei entführt worden. Die bewaffneten Angreifer hätten die Büros einer lokalen Firma attackiert, die der Betreiber des Gasfelds Akka, Korea Gas (Kogas), mit Arbeiten beauftragt habe, sagte der Bürgermeister der nahegelegenen Stadt Kaim. Die Gebäude und Fahrzeuge seien in Brand gesetzt worden. Zunächst bekannte sich niemand zu dem Angriff. (Reuters/JW)

Myanmar: Brand in Religionsschule

YANGON. Bei einem Brand in einer muslimischen Religionsschule in Myanmar sind 13 Menschen, darunter vorwiegend Kinder, ums Leben gekommen. Das Feuer sei am frühen Morgen in der Schule im Zentrum der ehemaligen Hauptstadt Yangon ausgebrochen und habe die Opfer im Schlaf überrascht, sagte ein Polizist am Dienstag. Nach seinen Angaben wurde es vermutlich von einem Kurzschluß ausgelöst. Muslimische Einwohner gaben sich mit den Erklärungen der Polizei jedoch nicht zufrieden. In einer spontanen Kundgebung unweit der Moschee forderten sie weitere Ermittlungen. (AFP/JW)

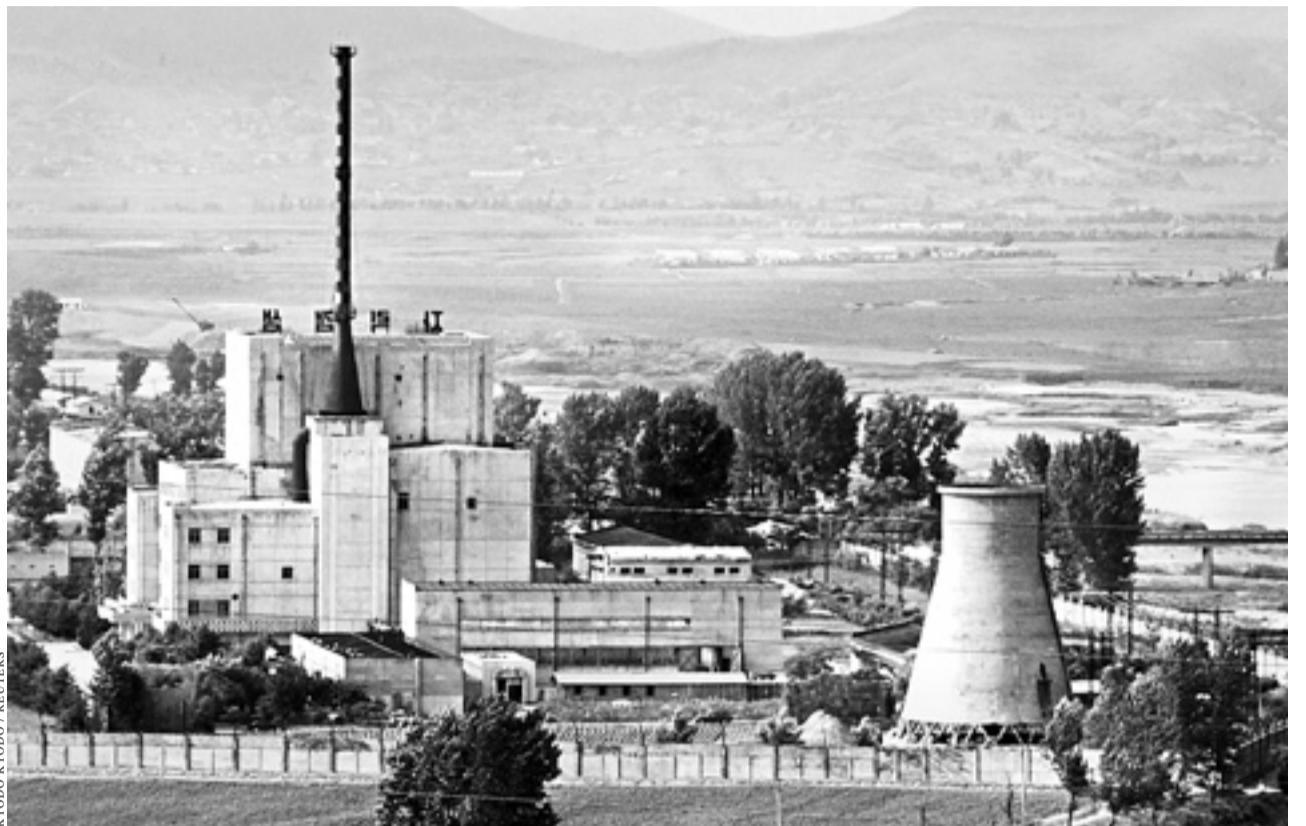
Nordkorea reaktiviert Reaktor

Pjöngjang will mehr Strom erzeugen und atomare Bewaffnung ausbauen. Von Knut Mellenthin

Nordkorea will seinen Atomreaktor bei Yongbyon wieder in Betrieb nehmen. Das gab die staatliche Nachrichtenagentur KCNA am Dienstag bekannt. Sie berief sich dabei auf einen Sprecher der Atomenergiebehörde des Landes. Die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) hatte 2007 freiwillig der Stilllegung und teilweisen Demontage der Anlage zugestimmt. Im Gegenzug hatten sich die USA zur Lieferung von Treibstoff verpflichtet.

Die DVRK ließ damals zwar den Kühlturm des Reaktors zerstören, doch löste Washington seinen Teil der Abmachungen nicht vollständig ein. Die Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), die die Stilllegung des Reaktors überwachen sollten, wurden im April 2009 ausgewiesen. Die DVRK reagierte damit auf eine Sanktionsresolution des UN-Sicherheitsrats. Schon damals hatte Nordkorea die Reaktivierung der Anlage angekündigt. Internationale Experten rechnen jetzt damit, daß es ungefähr sechs Monate dauern wird, bis Yongbyon wirklich wieder in Betrieb genommen werden kann. Dieser Zeitraum könnte sich jedoch verkürzen, falls die Nordkoreaner insgeheim schon Vorbereitungen für die Wiederherstellung des Reaktors getroffen hätten.

Die aktuelle Entscheidung für die Reaktivierung begründete der Sprecher der nordkoreanischen Behörde sowohl mit der Notwendigkeit, zusätzlichen Strom zu erzeugen, als auch mit der am Wochenende vom Zentralkomitee der Arbeiterpartei beschlossenen Absicht, die nukleare Militärtechnik »auszuweiten und sowohl qualitativ als auch quantitativ zu stärken«. Der Reaktor hatte den Grundstoff für die beiden ersten atomaren Versuchsexplosionen der DVRK in den Jahren 2006 und 2009 geliefert. Die damals gesteteten Waffen enthielten Plutonium, das aus



Die Atomanlage in Yongbyon vor der teilweisen Zerstörung

verbrauchten Brennstäben gewonnen worden war. Nach unterschiedlichen Schätzungen könnte Nordkorea derzeit sechs bis acht Atomwaffen besitzen und noch über Plutonium für vier bis acht weitere verfügen. In Yongbyon könnte, wenn die Anlage wieder läuft, jährlich genug Plutonium für eine Bombe produziert werden.

Spekulationen ranken sich um die Möglichkeit, daß die DVRK vielleicht auch eine Anlage zur Anreicherung von Uran betreibt und sich damit einen zweiten Weg zum Bau von Atomwaffen verschafft hat. Der US-amerikanische Atomwissenschaftler Siegfried Hecker, der 2010 Nordkorea besuchte, kam mit der Information seiner Gastgeber zurück, daß sie eine Anreicherungsanlage in Betrieb genommen hätten, in der mehrere Tausend Zen-

trifugen installiert seien. Beweise für diese Behauptung bekam der frühere Direktor des Atomforschungszentrums in Los Alamos jedoch nicht zu sehen. Die nordkoreanische Führung ist bekannt dafür, ein übertriebenes Bild ihrer militärtechnischen Möglichkeiten zu zeichnen.

In diesem Sinn sind auch die Meldungen zu sehen, daß Partei- und Staatsführer Kim Jong Un in der Nacht vom Freitag auf Sonnabend einen militärischen Operationsplan gebilligt habe, der in Kraft treten soll, sobald die USA »Provokationen mit umfangreichen strategischen Kräften« unternehmen. In diesem Fall seien die nordkoreanischen Streitkräfte angewiesen, »gnadenlose Schläge« gegen das US-amerikanische Festland und gegen die Militärstützpunkte

der USA im Pazifik, »einschließlich Hawaii und Guam« sowie in Südkorea zu richten. Kim wurde in diesem Zusammenhang von KCNA auch mit dem Satz zitiert, die Zeit sei gekommen, »mit den US-Imperialisten abzurechnen«. Indessen deutet nichts, was von nordkoreanischer Seite veröffentlicht wurde, auf offensive Absichten hin. Die US-Regierung hat in den letzten Tagen die Stimmung angeheizt, indem sie Flugzeuge, die mit Atomwaffen ausgerüstet werden können, in Südkorea stationieren ließ. Darunter sind »Tarnkappen«-Bomber der Typen F-22 und B-2. Am Montag gab die Marine der USA die Verlegung des Kriegsschiffs McCain nach Korea bekannt. Der Zerstörer ist mit dem Raketenabwehrsystem Aegis ausgerüstet.

»Seufzer der Erleichterung«

Indien jubelt nach dem Urteil gegen den Pharmakonzern Novartis

Die Inder und die weltweit agierende Organisation »Ärzte ohne Grenzen« jubeln. Westliche Arzneimittelunternehmen hingegen ergreifen sich in düsteren Prognosen. Mit dem Urteil des Höchsten Gerichtshofes in Neu-Delhi vom Montag gegen die Schweizer Pharmafirma Novartis im Patentstreit um das Krebsmedikament Glivec machte Indien seinem Namen als »Armenapothek«, die vor allem Entwicklungsländern relativ billige pharmazeutische Nachahmeprodukte, sogenannte Generika, anbietet, alle Ehre.

Das Echo der elektronischen wie der Printmedien klang nahezu einhellig – Jubel und Beifall. Laut *Times of India* war in Indien und Dutzenden Entwicklungsländern ein »Seufzer der Erleichterung« zu hören. Ein »historischer Richterspruch«, zitierte das Blatt den Wirtschaftsminister Anand Sharma. Seiner Meinung nach gehen die indischen Patentgesetze konform mit den internationalen Verpflichtungen zum Schutz geistigen Eigentums. Die Regierung hatte im Jahre 2005 striktere Regeln verabschiedet, um Zugang zur Welthandelsorganisation (WTO) zu bekommen.

Von einem »wegweisenden Urteil«, das freie Fahrt für kostengünstige Generika bedeute, sprach *The Hindu*. Es sei ein Präzedenzfall gegen die sogenannte Evergreening-Praxis westlicher Pharmakonzerne, die durch geringfügige Modifikationen bei bestehenden Medikamenten deren Patentschutz immer weiter verlängern. »Das ist das beste Resultat für Patienten in Entwicklungsländern, da weniger Patente für existierende Medikamente ausgestellt werden«, kommentierte Leena Menghaney, Kampagnenmanagerin für Indien bei der Organisation »Ärzte ohne Grenzen«, im indischen Nachrichtensender NDTV. Immerhin würden Generika aus Indien, darunter auch Präparate gegen HIV, in die ganze Welt exportiert. Grund zum Jubeln hätten jetzt Patienten in Indien und in Entwicklungsländern wie Brasilien, in Afrika südlich der Sahara oder in Thailand.

Das Novartis-Original Glivec kostet 3125 Euro für eine monatliche Dosis, als indisches Generikum 60 Euro. Selbst das ist freilich für einen Großteil der indischen Bevölkerung, von der rund 40 Prozent gerade mal einen Euro am Tag verdienen, unerschwing-

lich. Nach indischen Angaben sind im Land 300 000 Krebskranke auf Glivec angewiesen. Novartis teilte demgegenüber mit, 95 Prozent der 16 000 indischen Patienten, denen Glivec verordnet wird, würden das Medikament im Rahmen des Spendenprogramms der Firma kostenlos bekommen.

Der Managing Director von Novartis India Ltd., Ranjit Shahani, sagte auf einer Pressekonferenz in Mumbai, in Indien sei »das Ökosystem für geistiges Eigentum nicht sehr ermutigend«. Seine Firma werde nun vorsichtig mit Investitionen in dem Land sein, besonders bei der Einführung neuer Medikamente. Das gelte nicht nur für Novartis. Er glaube nicht, daß irgendein globales Unternehmen Forschungsarbeit in Indien plane. Ihm pflichtet Erik Gordon von der Ross School of Business an der Universität von Michigan bei. Das indische Urteil bedeute, daß es keinen Grund mehr gebe, in Indien Forschung und Entwicklung zu betreiben, weil dessen »nationale Politik sich feindlich zu Medizinpärenten« verhalte. Zuvor mußten schon Pharmariesen wie Bayer oder Pfizer ähnliche Niederlagen wie Novartis vor indischen Gerichten einstecken.

Die westliche Pharmaindustrie sieht sich in der Zwickmühle: Sie beklagt einerseits, daß Indien »routinemäßig Handelsrichtlinien verletzt« und behält andererseits den mit rund 13 Milliarden Dollar Jahresumsatz höchst lukrativen Markt dieses Landes im Visier. Dieser könnte nach Prognosen von PricewaterhouseCoopers bis 2020 auf ein Volumen von 74 Milliarden Dollar wachsen. Das Tauziehen um die Pfründe wird deshalb anhalten.

Vor diesem Hintergrund warb Indiens Finanzminister Palaniappan Chidambaram zu Wochenbeginn in Tokio um mehr Auslandsinvestitionen. Die indische Wirtschaft könne locker jährlich 50 Milliarden Dollar an Direktinvestitionen absorbieren, sagte er. Zumindest bei der ausländischen Pharmaindustrie wird er wohl vorerst damit kaum Gehör finden. Im Gegensatz zu den jubelnden indischen Zeitungen warnte *The Mint*: Der jüngste Erfolg gegen Novartis könnte sich als kurzfristig erweisen, wenn es der EU bei den laufenden Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen mit Indien gelinge, zollrechtlich Produkte beschlagnahmen zu lassen, die im Verdacht stehen, gegen den Schutz geistigen Eigentums zu verstoßen. Hilmar König

Kampf gegen Ungleichheit

Chiles Expräsidentin Michelle Bachelet stellt sich zur Wahl. Soziale Ungerechtigkeit wird zentrales Thema. **Von Benjamin Beutler**

Die Rückkehr von Michelle Bachelet in ihre Heimat war gut in Szene gesetzt. Wie einen Rockstar empfangen jubelnde Anhänger die Expräsidentin vergangene Woche auf dem Flughafen der chilenischen Hauptstadt Santiago. »Ich habe die Entscheidung getroffen, Kandidatin zu sein«, erklärte kurz darauf die Tochter des Allende-treuen Luftwaffengenerals Alberto Bachelet bei einer Ausstellung über ihre erste Amtszeit von 2006 bis 2010. Mit ihrer Kandidatur für die Wahlen im November ist Bachelets dreijährige innenpolitisch Zwangspause beendet. Der Wahlkampf ist damit inoffiziell eingeläutet. 2010 hatte die Verfassung der ersten Präsidentin im Regierungssitz La Moneda keine Wiederwahl erlaubt. In Washington leitete die Feministin derweil UN Woman, die Frauenorganisation der Vereinten Nationen.

Jetzt wagt Bachelet erneut den Sprung auf die Politbühne ihrer Heimat. Und die Aussichten sind bestes. In allen Umfragen gilt die Kinderärztin und dreifache Mutter als klare Favoritin, 53 Prozent würden für sie stimmen. Wegen der Verfolgung ihrer Familie zu Diktaturzeiten gilt die 61jährige Sozialdemokratin noch immer als integer und glaubwürdig. Die beliebteste Politikerin aller Zeiten in der 17-Millionen-Einwohnernation – ihr erstes Mandat endete mit Zustimmungswerten um die 80 Prozent – ist kein Kind der mächtigen Unternehmerclique, die lange stramm hinter der Pinochet-Herrschaft stand. Bis heute verteidigt der Geldadel die mit eiserner Hand durchgesetzte Politik von Marktöffnung und Privatisierung.

Dabei brodeln es in Chiles Gesellschaft. Studentendemos gegen das ungerechte Bildungssystem, der schwelende Konflikt um Land und Selbstbestimmung mit den indigenen Mapuche, Proteste gegen Kohlekraftwerke, steigende Kosten von Energie, Gesundheit und Lebenshaltung. Auf dem Papier steht die Wirtschaft unter der technokratischen Regierung des Milliardärs und Unternehmerpräsidenten Sebastian Piñera zwar gut da: Sechs Prozentpunkte legte Chiles Ökonomie 2012 zu, die Inflation liegt bei 1,5 Prozent. Auch die Arbeitslosigkeit ist mit sechs Prozent moderat. Doch kommt der aufgrund hoher Rohstoff-Weltmarktpreise entstandene Wohlstand bei vielen nicht an.



Empfangen wie ein Rockstar: Michelle Bachelet am vergangenen Mittwoch in Santiago

Das soziale Gefüge krankt an der Ungleichheit. Erst kürzlich ließ eine Studie über Chiles Superreiche aufhorchen. Der renommierten Universidad de Chile zufolge müssen 81 Prozent der Chilenen mit durchschnittlich 338 US-Dollar im Monat auskommen. 30 Prozent der Einkommen streicht das reichste Prozent ein. 17 Prozent nimmt

das reichste 0,1 Prozent mit nach Hause. 10 Prozent der Einkommen gehen aufs Konto von 0,01 Prozent der Oberschicht. Dem Land wird die »höchste Ungleichverteilung im internationalen Vergleich« attestiert. Kapitalgewinne und Betriebsmittel sind da noch nicht mitgerechnet. 1200 Superreiche, so die Auswertung von Steuerdaten, verdienen im Monat fast 900 000 US-Dollar. Dies entspricht dem »fast 3 000fachen des Durchschnittseinkommens«.

Bachelets Gegner bringen Mißerfolge ihrer ersten Amtszeit gegen sie in Stellung: »Sie wissen nicht, wie Ungleichheit zu bekämpfen ist«, versucht Laurence Golborne die breite Unzufriedenheit auf die beliebte Linkspolitikerin umzulenken. Bei den Vorwahlen Ende Juni tritt dieser als Vertreter des Regierungsbündnisses »Koalition

für den Wandel« trotz Parteilosigkeit für die Piñera-Partei »Unabhängige Demokratischen Union« (UDI) an. Gegenkandidat des Multimillionärs ist Andrés Allamand, Exverteidigungsminister vom Koalitionspartner »Nationale Erneuerung« (RN). Mit mutigen Worten hat die Rückkehrerin die Löwen in die Arena gezerrt. Sie stehe bereit für »die erste Regierung einer neuen gesellschaftlichen Mehrheit, die den Kampf gegen die Ungleichheit ermöglicht«. Auch wenn die 61jährige noch kein Wahlprogramm hat – zum Ärger der »Sozialistischen Partei« (PS) präsentierte sie sich bisher als unabhängige Kandidatin – wolle sie »Bedingungen schaffen, damit Chile gerechter und solidarischer wird, mit mehr Gleichheit und Mitbestimmung«.

Streit um die »Cohiba«

Blockade: US-Gericht weist kubanische Klage gegen Markenfälschung ab

Ein aktuelles Urteil in einem jahrelangen Streit um Markenpiraterie machte in der letzten Woche erneut die negativen ökonomischen Folgen und die Absurdität der Handels-, Finanz- und Wirtschaftsblockade deutlich, die die USA seit über 50 Jahren gegen Kuba aufrechterhalten. In der Woche vor Ostern hat eine US-amerikanische Bundeskommission die Klage des kubanischen Unternehmens Cubatabaco abgewiesen, das sich seit 16 Jahren gegen die mißbräuchliche Verwendung des Zigarrennamens »Cohiba« durch die US-Firma General Cigar Co. Inc. mit Sitz in Richmond (Virginia) zu wehren versucht. Das Tochterunternehmen der schwedischen Match AB vertreibt auf dem US-Markt seit 1981 unter dem Namen »Cohiba« ein Nachahmungsprodukt aus der Dominikanischen Republik.



Die echte »Cohiba« steht für eine der edelsten Havanna-Zigarren der Welt. Sie wurde im Jahr 1966 kreiert und ist seit 1969 international als Marke registriert und geschützt. Die kubanischen Hersteller garantieren, daß die für eine »Cohiba« verwendeten Tabakblätter ausschließlich aus den besten Anbaugeländen der Zonen San Juan y Martínez und San Luis aus der Region Vuelta Abajo in der Provinz Pinar del Rio stammen, für Zigarrenkenner auf der ganzen Welt ein Indiz für die höchste Qualitätsstufe.

Während die Zollbehörden in den USA und Europa Touristen gelegentlich sogar gefälschte T-Shirts abnehmen, wird die gegen Kuba gerichtete Markenpiraterie in den USA mit staatlicher Hilfe gefördert. Das für die Karibikinsel negative Urteil war von der US-Bundeskommission letzte Woche mit der Blockade begründet worden. Laut US-Gericht dürfen die unechten Cohiba-Zigarren in den USA weiterhin offiziell unter diesem Namen verkauft werden, weil Cubatabaco die Originalmarke dort wegen der Blockade ja überhaupt nicht vertreiben könne. Mit der gleichen Begründung war in der Vergangenheit bereits von einem anderen Gericht abgeurteilt worden, daß der Bacardi-Konzern in den USA eine gefälschte Variante der bekannten kubanischen Rum-Marke »Havana Club« vertreibt.

Während sich die Aktionäre der Konzerne nach der von US-Gerichten legalisierten Markenpiraterie die Hände reiben können, belastet die Kuba-Blockade immer öfter die Beziehungen zwischen den USA und den Staaten Lateinamerikas. Über die Osterfeiertage hat der ecuadorianische Präsident Rafael Correa in extrem scharfer Form die US-Sanktionen gegen Kuba verurteilt. Dies sei die »brutalste Verletzung der Men-

schenrechte im 21. Jahrhundert«, sagte Correa in seiner wöchentlichen Ansprache an die Bevölkerung und fügte anläßlich der Osterwoche hinzu: »Das Evangelium geißelt so etwas als Unrecht, das die Steine zum Schreien bringt.«

Der Präsident kritisierte erneut die von den USA dominierte Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und die ihr angeschlossene Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH). Obwohl die »kriminelle Blockade der USA gegen Kuba« eine Verletzung der OAS-Charta und »aller Rechtsgrundsätze zwischen den Staaten in unserem Amerika« darstelle, werde sie von diesen Organisationen nicht einmal erwähnt, erläuterte Correa seine Vorwürfe.

Er wandte sich auch zum wiederholten Mal dagegen, daß der Sitz der CIDH weiterhin in den USA verbleibt. Es sei einfach absurd, daß eine Organisation, die vorgibt, die Menschenrechte zu wahren, ausgerechnet in einem Land angesiedelt sein soll, das nicht ein einziges interamerikanisches Abkommen zu deren Schutz unterzeichnet hat.

Volker Hermsdorf

www.jungewelt.de/testabo

Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.

3 Wochen kostenlos testen!

Die Tageszeitung **Junge Welt**

Gezeichnet: P. H. Mittwoch, 11. April 2012 Nr. 85 1,10 Euro P. H. 1,20 Euro

Marxismus kontrovers
An der Wende zum 21. Jahrhundert: Wie sieht die Zukunft der Welt aus? Die Linke, die Rechte, die Mitte. Die großen Fragen der Zeit. Ein Interview mit Prof. Dr. Ingrid Isenhardt, Leiterin des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln.

Arbeitslosien
Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist ein Problem, das sich nicht von selbst auflöst. Wie kann man sie bekämpfen? Ein Interview mit Prof. Dr. Ingrid Isenhardt, Leiterin des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln.

Sozialpolitik
Die Sozialpolitik in Deutschland ist ein Problem, das sich nicht von selbst auflöst. Wie kann man sie bekämpfen? Ein Interview mit Prof. Dr. Ingrid Isenhardt, Leiterin des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln.

Englisch
Die Englischsprachigen in den USA sind ein Problem, das sich nicht von selbst auflöst. Wie kann man sie bekämpfen? Ein Interview mit Prof. Dr. Ingrid Isenhardt, Leiterin des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln.

NATO schafft Freiheit
»Zum Schutz der Zivilbevölkerung: Westliches Militärinterventionen in Afghanistan.«

Das Abo endet automatisch.

Frau Herr

Name/Vorname _____ jW

Telefon _____

E-Mail _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Jahresbeitrag: 10 Euro (inkl. Porto)

Coupon ausgefüllt einsenden an:
Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin,
oder faxen an die 0 30/53 63 55-44. E-Mail:
abo@jungewelt.de

ABOTELEFON: 0 30/53 63 55 50.
BESTELLUNG ÜBERS INTERNET:
www.jungewelt.de/abo/3wochenabo.php

ZYPERN VOR SOZIALEM KAHLSCHLAG

Verkauft

◆ Von Rainer Rupp

Das dicke Ende kommt noch: Würden bisher im Rahmen der jüngsten »Rettenaktion« hauptsächlich Zyperns Mittelschicht und ausländische Großanleger zur Ader gelassen – durch die Konfiszierung von bis zu 80 Prozent der Bankguthaben über 100 000 Euro – so erwartet die Lohnabhängigen und Rentner des Inselstaates ein härteres Los. Genau wie die griechischen Cousins und Cousinen werden sie von ihrer eigenen herrschenden Klasse zwecks Rückzahlung von deren Spekulationsverlusten auf Generationen in die Knechtschaft der internationalen Hochfinanz verkauft. Die Verträge (in einem Memorandum of Understanding, MoU, zusammengefaßt) über diesen Ausverkauf bekommen derzeit von der Troika aus EU, Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds sowie der zypriotischen Regierung den letzten Schliff.

Letztere, die sich selbst auch gern als Diener des Volkes präsentiert, geht es wie immer vorrangig darum, ihre eigenen Schäflein ins Trockene zu bringen. Das wurde in den letzten Tagen am Beispiel von Präsident Nikos Anastasiades deutlich, nachdem bekanntgeworden war, daß sein Familienunternehmen wenige Tage vor der Bankenschließung auf Zypern mindestens 21 Millionen Euro ins Ausland verschoben hat. Wegen kriminellen Insider-Handels soll nun eine Untersuchung auch gegen ihn eingeleitet werden.

Zum Ärger der Herrschenden ist am Montag der Entwurf des IWF-

Memorandums den Medien in Zypern zugespielt und veröffentlicht worden. Wie befürchtet strotzt das 24seitige Papier von sozialen Grausamkeiten. Allerdings wird das darin enthaltene, die Gesellschaft zerstörende Gift – wie in solchen Fällen üblich – mit positiv klingenden Vokabeln wie »Rentenreform«, »Arbeitsmarktflexibilisierung« etc. aufgepeppt. Augenfällig ist auch, daß Zypern am deutschen Wesen genesen soll, in dem das von der SPD durchgesetzte Sozialkahl-schlagsmodell »Agenda 2010« kopiert wird. Zum Beispiel sind die Erhöhung des Renteneintrittsalters um zwei Jahre und die entsprechende Renten Kürzung, wenn jemand vorher in den Ruhestand will bzw. muß, vorgesehen.

Daneben sollen die Pensionen der Angestellten des öffentlichen Dienstes und der Beamten eingefroren werden. Die Umsatzsteuer wird auf 18 Prozent und die Gebühren für öffentliche Dienstleistungen werden sogar um 17 Prozentpunkte erhöht. Steuern auf Zinsen und Dividenden liegen demnächst bei 30 Prozent. Daneben gibt es höhere Abgaben auf Genussmittel. Zugleich sollen Tausende Teil- und Vollzeit Arbeitsplätze im Staatsdienst eliminiert werden. Um zu sehen, was sie erwartet, brauchen die Zyprioten nur einen Blick übers Meer auf Griechenland zu werfen. Daher haben sich in den letzten Tagen sowohl Parlamentspräsident Omirou als auch Erzbischof Chrysostomos für einen raschen Austritt aus der Euro-Zone ausgesprochen.

◆ MoU-Text unter <http://kurzlink.de/mou-text>

»Der braunen Burschenschaft die rote Karte gezeigt«

Ratsbeschuß in Marburg: Stiefelknallende Studentenverbindungen sind in der Stadt nicht erwünscht. Ein Gespräch mit Jan Schalauske

Auf Antrag der Fraktion »Marburger Linke« hat sich die dortige Stadtverordnetenversammlung einstimmig von der Deutschen Burschenschaft (DB) distanziert. Sie hat beschlossen, daß politische und öffentliche Aktivitäten studentischer Verbindungen, die diesem Dachverband angehören, in der Stadt unerwünscht sind. Warum war es notwendig, den Antrag zu stellen?

Debatten um die DB und deren Machenschaften gibt es seit Jahrzehnten, in den vergangenen zwei Jahren haben sie zugenommen. Sie ist am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums anzusiedeln; sie hält an rassistischen Aufnahmekriterien fest; sie akzeptiert einzig »deutschstämmige« Männer – unabhängig davon, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.

Es geht der DB lediglich um die »völkische« Abstammung. Das ist am Beispiel eines Mannheimer Verbindungsstudenten mit deutschem Paß deutlich geworden. Dessen Mitgliedschaft wollte die DB verhindern, weil er chinesische Eltern hat. Eine Bonner Burschenschaft hatte das mit seinem Aussehen begründet: Seine »Gesichtsmorphologie« entspreche nicht dem deutschen Volksbegriff. Mit der Zustimmung zu unserem Antrag zeigt die Stadtverordnetenversammlung der braunen Deutschen Burschenschaft die rote Karte.

Was ist den Burschenschaften noch vorzuwerfen?

Sie grenzen sich nicht zum neofaschistischen Lager ab; es gibt mit rechtsextremen Organisationen wie



Jan Schalauske ist Stadtverordneter der Fraktion Marburger Linke

der NPD personelle und inhaltliche Überschneidungen. Der Chefredakteur einer DB-Postille, Norbert Weidner, hat es obendrein als »rein juristisch gerechtfertigt« bezeichnet, daß der Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, Dietrich Bonhoeffer, im April 1945 hingerichtet wurde. In diesem Dachverband sind rund 100 Verbindungen organisiert, darunter die Wiener »Teutonia«, die noch immer vom »großdeutschen Reich« träumt. Mittlerweile haben sich einige Verbindungen abgesetzt, weil selbst ihnen der Verband zu rechtslastig geworden ist.

In Marburg gibt es jedes Jahr im Juli den Marktfrühschoppen – wird der nicht von den Burschenschaften als Propagandabühne genutzt?

Das zweistündige Fest gibt vor, für die Bürger und Studenten der Stadt dazusein. Aus unserer Sicht jedoch ist es ein Symbol für die äußerste Rechte des Verbindungswesens. Die DB mobilisiert für das Fest und tritt dort maßgeblich in Erscheinung. Die Debatte darum, ob es auch in diesem Jahr wieder stattfinden sollte, war für die Marburger Linke der Anlaß, den Antrag einzubringen. Wir begrüßen, daß auch die CDU-Fraktion ihm zugestimmt hat – bedauern allerdings, daß sie nicht die richtigen Konsequenzen

daraus zieht. Sie will den Marktfrühschoppen weiter stattfinden lassen, obwohl er maßgeblich von Verbindungen der DB geprägt wird. Vor einigen Jahren hatten sich noch führende Politiker der Stadt daran beteiligt.

Wie haben sich die Stadtregierung aus SPD und Grünen und Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD) gegenüber diesen Machenschaften verhalten?

Wir begrüßen, daß Vaupel mit seinem administrativen Vorgehen dafür gesorgt hat, daß das Fest schon vergangenes Jahr nicht stattfinden konnte. Nun hat die Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen der SPD, der Grünen und der Linken dafür votiert, daß das auch in diesem Jahr so gehandhabt wird. Lediglich die lokale CDU ist ausgespart, obwohl sie versucht, einen Kontrapunkt zu ihrem Landesverband zu setzen, der sich immer wieder als rechtskonservativer Kampfverband erweist.

Man denke an die ausländerfeindliche Kampagne des ehemaligen Ministerpräsidenten Roland Koch gegen die doppelte Staatsbürgerschaft oder die Äußerungen des Hans-Jürgen Irmer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. In einer Gazette, die er in Wetzlar herausgibt, hetzt er gegen Linke und Muslime. Zum Verbindungswesen hat er gute Kontakte. Auch die Marburger CDU spricht im Zusammenhang mit Protesten gegen den Marktfrühschoppen von »Berufsdemonstranten« und »Linksextremisten« – und verunglimpft so ausgerechnet diejenigen Demokraten, die diese rechte Szene seit Jahren kritisieren und bekämpfen.

Interview: Gitta Düperthal

PLEITEKANDIDAT DES TAGES

Slowenien



Jetzt brennt Slowenien«, titelte die russische Nachrichtenagentur *Ria Nowosti* am Dienstag. Die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) sah das auch so, formulierte aber vornehm: »Slowenien kämpft um seinen Ruf«. Der war bisher der eines EU- und Euro-Musterschülers, inzwischen aber – so die NZZ – sei das Land »weitgehend vom Kapitalmarkt abgeschnitten«. So fing es in Griechenland, Irland, Portugal etc. an und endete regelmäßig mit dem Merkel-Rezept: Hartz XV für die besitz- und einkommensmäßig untere Bevölkerungshälfte (Merkel am 18. Mai 2011: »Wir können nicht eine Währung haben, und der eine kriegt ganz viel Urlaub und der andere ganz wenig.«) Zum Startritual gehört, daß die Satrapen des zukünftigen Troika-Protektorats

beteuern: »Wir machen das allein.« In Slowenien durften das Regierungschefin Alenka Bratusek und Notenbankchef Marko Kranjec (»Ich kann klar sagen, daß Slowenien nicht in der Situation ist, in der es ein Rettungspaket braucht.«) in der vergangenen Woche verkünden. Die übliche Antwort der sogenannten Finanzmärkte kam prompt: Zinsen für zehnjährige Staatsanleihen stiegen auf fast sieben Prozent. Bei dieser Marke strich z. B. Portugal im April 2011 die Segel und begab sich in den »Schutz« der Troika. Wie damals folgen nun »Experten«, die beschwichtigen: Ein völlig einmaliger Fall, Slowenien habe keinen aufgeblähten Banksektor. Nur leider sitzt der auf faulen Immobilienkrediten, die Zahlungsrückstände entsprechen derzeit 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Am Dienstag dann – Tusch – große Überraschung: Laut Notenbank Sloweniens wird die Rezession 2013 tiefer als bisher angenommen, die Wirtschaftsleistung gehe um 1,9 Prozent runter (2012 betrug der Rückgang 2,3 Prozent). Im Oktober hatte sie 0,7 Prozent minus angekündigt. Zahlen sind Bankern egal, für Null Risiko braucht man nichts weiter. (as)

ABGESCHRIEBEN

Einer Erklärung des UN World Food Programme (WFP) vom Dienstag zufolge verhindert die wachsende Gewalt in Syrien, daß Ernährungshilfe viele der Millionen gefährdeten Syrer erreicht:

Im März erreichte WFP in Syriens 14 Provinzen knapp zwei Millionen Menschen mit Ernährungshilfe, steht aber weiterhin vor enormen Herausforderungen, um Gebiete des ländlichen Damaskus, Kuneitra, Daraa, Deir Ezzor, Al-Rakka und viele Regionen im Norden des Landes zu erreichen, insbesondere Aleppo und Idlib.

»Es ist zu einer ernstzunehmenden Herausforderung geworden, die Nahrungsmittel von einem Gebiet ins nächste zu transportieren, da unsere Lagerhallen und Lastwagen zunehmend ins Kreuzfeuer geraten«, sagte Muhammad Hadi, WFP-Nothilfekordinator für Syrien. »Wir stehen manchmal vor der schwierigen Entscheidung, den Transport unserer Hilfsgüter aus Sicherheitsgründen für Gebiete abzusagen, von denen wir wissen, daß unsere Hilfe dort sehr dringend benötigt wird.« Besonders kritisch ist die Situation in Kampfzonen und manchen Oppositionsgebieten, zu denen das WFP nur

eingeschränkt Zugang hat und wo Millionen von Menschen dringend Ernährungshilfe benötigen.

Lastwagen von WFP-Subunternehmern werden oft an Kontrollpunkten gestoppt und gezwungen umzukehren oder vereinzelt gar entführt. Im März wurden drei Lastwagen mit Nahrungsmitteln für 17 000 Menschen in Al-Hasakah von einer bewaffneten Gruppe im ländlichen Deir Ezzor festgehalten. Die Fahrer und die Lastwagen wurden freigelassen, jedoch konnten die Nahrungsmittel nicht wiedererlangt werden.

Vor kurzem trafen Mörser die WFP-Lagerhalle in Adraa, einem Außenbezirk von Damaskus. WFP-Mitarbeiter waren aufgrund von anhaltendem Beschuß und Unsicherheit vor Ort nicht in der Lage, die Hilfsgüter zu retten. Seit Beginn der Nothilfe im Dezember 2011 verzeichnete das WFP mehr als 20 Anschläge auf Lagerhäuser, Lastwagen und Autos.

Das WFP muß im April landesweit mehr als 2,5 Millionen Menschen mit Nahrungsmitteln helfen und ruft alle Parteien dazu auf, die humanitären Grundsätze zu achten und einen sicheren Zugang für die Helfer und den Transport der Hilfsgüter zu gewährleisten.

Anläßlich der geplanten Eröffnung des Flughafens Kassel-Calden am 4. April 2013 erklärte Willi van Ooyen, Vorsitzender der Linksfaktion im Hessischen Landtag, am Dienstag:

»Ich empfehle, die Feier zur Eröffnung des Flughafens in Kassel-Calden abzusagen. Selbst mit 660 000 Passagieren pro Jahr wird der Flughafen ein Defizit von rund 24 Millionen Euro pro Jahr »erwirtschaften«. Da ist es günstiger, den Flughafen nicht zu eröffnen.« Die jährlichen Betriebskosten könnten mit fünf Prozent der Baukosten angenommen werden. Bei 278 Millionen mache dies pro Jahr 13,9 Millionen Euro Betriebskosten. Hinzu kämen die Kreditkosten, die bei etwa zehn bis elf Millionen Euro zuzüglich Zinsen liegen dürften. Mit einem jährlichen Defizit von 24,5 Millionen Euro bei unwahrscheinlichen 660 000 Fluggästen pro Jahr sei zu rechnen. Ooyen weiter: »Das einzig Sinnvolle ist, in dem Millionengrab nicht weitere Millionen zu versenken. (...) Soziale und ökologische Projekte hätten dann auch in Kassel-Calden eine Chance, Sinnvolles für die Region zu entwickeln.«

Zu wenig zum Leben

Kambodscha hebt Mindestlohn in Textilbranche auf umgerechnet 75 Dollar an. Unzureichend, kritisieren Gewerkschaften und internationale Aktivisten. **Von Thomas Berger**

Kambodschas Textilbranche boomt. Einer der wichtigsten Gründe für diese Entwicklung ist die lächerlich geringe Entlohnung der dort Beschäftigten – es sind vorwiegend Frauen. Nun sollen sie ab dem 1. Mai mehr Geld bekommen, sagt der Staat. Wie das zuständige Ministerium in der Hauptstadt Phnom Penh Ende März mitteilte, wird der bislang geltende Mindestlohn von umgerechnet 61 US-Dollar pro Monat auf 75 Dollar angehoben. Weitere fünf Dollar sollen die Arbeiterinnen für Gesundheitsausgaben erhalten. Die Entscheidung der Regierung markiert einen gewissen Fortschritt. Dennoch bleibt das Ergebnis deutlich hinter den Forderungen von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen zurück, die für eine Anhebung der Vergütung auf umgerechnet 150 Dollar kämpfen.

»Der Anstieg reicht nicht aus. Angesichts der Inflation wird er die Lebensumstände der Arbeiter kaum verbessern«, zitierte die französische Nachrichtenagentur AFP den Präsidenten des kambodschanischen Gewerkschaftsverbandes Rong Chhun. Chhun ist nicht der einzige, der sich enttäuscht zeigt. Die 20prozentige Verbesserung wird von den stetig steigenden Lebenshaltungskosten in dem südostasiatischen Land sofort aufgeessen. Scharfe Kritik kommt auch von internationalen Nichtregierungsorganisationen zur gerechten Entlohnung von Näherinnen in den zahllosen Billigtextilfabriken der Staaten des Südens zwischen Pakistan, Bangladesch und Kambodscha. Unter anderem die Kampagne für Saubere Kleidung (CCC) will ihren Druck auf die internationalen Modekonzerne – die Hauptauftragnehmer und Abnehmer der Produktionsfirmen sind – noch erhöhen.

Verwiesen wird von CCC auf Berechnungen der Asia Floor Wage Alliance (einer breiten asiatische Allianz von rund 70 NGOs, Gewerkschaften und Wissenschaftlern, die gemeinsam ein Berechnungsmodell für einen Existenzlohn erarbeitet haben), wonach das Existenzminimum einer Familie in Kambodscha derzeit bei umgerechnet sogar 274 Dollar liegt. Es ist demnach



Arbeiterinnen einer Textilfabrik in Phnom Penh

knapp das Vierfache dessen, was die Regierung als neuen Mindestlohn festgesetzt hat. Der jetzige Anstieg sei nur Augenwischerei, heißt es von der Kampagne. Außerdem geht es den CCC-Aktivistinnen wie vielen anderen nicht nur um die finanzielle Entlohnung der Näherinnen, sondern ebenfalls deren oftmals katastrophalen Arbeitsbedingungen.

Besonders im Visier steht eine aktuelle Werbeaktion des schwedischen Branchenriesen H&M mit dem Namen »Conscious Collection« (bewußte/selbstbewußte Auswahl). Eine derartig »bewußte« Kollektion sei eine gezielte Verschleierung der Arbeitsrealitäten bei den Herstellern, unterstreichen die Kritiker. »H&M betreibt hier Greenwashing und ignoriert die teilweise katastrophalen Zustände in seinen asiatischen Zulieferfabriken«, bringt es Gisela Burckhardt von FEMNET auf den Punkt. Auch Kirsten Clodius von der Christlichen Initiative Romero kommt in einer aktuellen Pressemeldung zu dem Schluß: »H&M kann nicht von

einer bewußten Modelinie sprechen, wenn die Arbeiterinnen, die die Kleidung fertigen, in den Textilfabriken reihenweise bewußtlos (engl: unconscious) werden.« Gerade wenn der Branchenprimus, der im Vorjahr auf einen Umsatz von 16,3 Milliarden US-Dollar und einen Gewinn von zwei Milliarden Dollar kam, die Angestellten seiner Zulieferer angemessen entlohne, wäre dies ein Signal, das andere zum Nachziehen ermuntere, heißt es in dem gemeinsamen Appell von CCC.

Nach unterschiedlichen Angaben sind 400 000 bis 650 000 Kambodschaner in den Textilfabriken des Landes tätig, die neben Hennes&Mauritz auch beispielsweise die Modelabels Levi Strauss, Nike, Puma und weitere westliche Abnehmer beliefern. Viele Betriebe gehören zu Firmengeflechten, die in Taiwan oder Hongkong sitzen. Mit vier Milliarden Dollar Umsatz ist die Branche das wirtschaftliche Rückgrat Kambodschas. Zwar gibt es bereits seit 1997 ein Rahmengesetz, das in gewissem Maße Arbeitsbedingungen und

einen Mindestlohn, der »ein menschenwürdiges Leben« garantieren soll, fest schreibt. Seit 2009 hat sich der Arbeitskampf der Näherinnen und Näher intensiviert. Im September 2010 waren mehrere zehntausend Beschäftigte landesweit im Ausstand, Streiks in einzelnen Fabriken gab und gibt es nahezu jeden Monat. Nicht nur die Lobbyverbände der Firmen stellen sich bei wegweisenden Verbesserungen quer. Auch die Regierung in Phnom Penh zeigt sich nur widerwillig bereit, die Minimallöhne wenigstens in den bisherigen kleinen Stufen anzuheben – angeblich aus Sorge, Kambodschas Textilbranche wäre gegenüber anderen Billiglohnländern wie Pakistan und Bangladesch dann nicht mehr konkurrenzfähig. Deshalb kämpft die Asia Floor Wage Alliance für einen einheitlichen Mindestlohn, einen, der nicht in der Umrechnung identisch im Betrag ist, sondern sich an der nationalen Kaufkraft für den gleichen primär notwendigen Warenkorb orientiert. Bis dahin ist es allerdings ein weiter Weg.

BRD-Inflationsrate sinkt auf 1,4 Prozent

WIESBADEN. Die Inflation in Deutschland geht momentan weiter zurück. Die Jahresteuierung sank von 1,5 Prozent im Februar auf 1,4 Prozent im März, meldete das Statistische Bundesamt am Dienstag in Wiesbaden nach vorläufigen Schätzungen. Deutlich schwächer als die Gesamtsteuerung stiegen die Energiepreise (plus 0,5 Prozent). Die Europäische Zentralbank strebt mittelfristig eine Inflationsrate von knapp unter zwei Prozent an, bei der sie die Preisstabilität gewahrt sieht. Gegenüber Februar stiegen die Verbraucherpreise um 0,5 Prozent. (dpa/jw)

Apple sagt Sorry zu China-Kunden

PEKING/SAN FRANCISCO. Der US-Technologiekonzern Apple hat sich bei den Kunden in China wegen der als unfair kritisierten Garantieleistungen entschuldigt und Änderungen angekündigt. In einem auf der chinesischen Internetseite des Unternehmens veröffentlichten Brief von Firmenchef Tim Cook hieß es, die Gewährleistungsansprüche würden überarbeitet.

Der Entwickler und Vertreter (nicht Hersteller) diverser modischer Kommunikationscomputer (iPhone- und iPad etc.) steht seit zwei Wochen vor allem bei chinesischen Medien in der Kritik. Ihm wird unter anderem vorgeworfen, daß er Kunden in der Volksrepublik schlechtere Garantieleistungen bietet als Verbrauchern in anderen Ländern. Die Entschuldigung spiegelt das Gewicht wider, das die weltweit zweitgrößte Volkswirtschaft für Apple mittlerweile hat. Allein im ersten Geschäftsquartal setzte man dort 7,3 Milliarden Dollar um – ein Plus von 60 Prozent zum Vorjahreszeitraum. (Reuters/jw)

BMG wieder beim alten Besitzer

GÜTERSLOH/BERLIN. Der Medienkonzern Bertelsmann ist wieder alleiniger Eigentümer des Musikrechteunternehmens BMG. Es lägen nunmehr alle kartellrechtlichen Genehmigungen für die vollständige Übernahme vor, teilte Bertelsmann am Dienstag mit. 2008 hatten die Gütersloher die Musiksparte fast komplett verkauft. Seit 2009 wurde mit Unterstützung des Finanzinvestors Kohlberg Kravis Roberts & Co. (KKR) das inzwischen viertgrößte Musikrechteunternehmen der Welt aufgebaut. Anfang März hatte Bertelsmann den 51-Prozent-Anteil von KKR übernommen. Branchenkenner schätzen den Kaufpreis auf 700 bis 800 Millionen Euro einschließlich Schuldenübernahme.

Vor wenigen Tagen hatte Bertelsmann angekündigt, den BMG-Umsatz von derzeit gut 300 Millionen Euro binnen fünf Jahren auf 500 Millionen Euro auszubauen. BMG mit Sitz in Berlin verwaltet mehr als eine Million Songrechte. (dpa/jw)

Happen für Heuschrecken

Sogenannte Finanzinvestoren bei großen Wohnungsverkäufen stark im Geschäft

Bei Verkäufen großer Wohnungsbestände in Deutschland sind sogenannte Finanzinvestoren stark im Geschäft. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Fraktion der Partei Die Linke im Bundestag hervor. Demnach kauften internationale Finanzinvestoren (vom ehemaligen SPD-Chef Münte-

fering einst »Heuschrecken« genannt) im ersten Halbjahr 2012 rund 45 000 Wohnungen in Deutschland. Das entspricht einem Anteil von 37 Prozent. Erheblich höher war der Anteil der Finanzinvestoren im selben Zeitraum allerdings mit 61 Prozent oder 73 000 Wohneinheiten an den Verkäufen großer Wohnungsbestände.

Insgesamt wurden demnach im ersten Halbjahr vergangenen Jahres rund 120 000 Wohneinheiten in großen Transaktionen (über 800 Wohnungen) gehandelt. Räumlicher Schwerpunkt waren die Bundesländer Berlin mit einem Anteil von 32 Prozent an den verkauften Wohnungen sowie Baden-Württemberg mit einem Anteil von 18 Prozent. Dabei

ging es um insgesamt zwölf Wohnungstransaktionen, von denen nur zwei Erstverkäufe und die übrigen Wiederverkäufe an oder unter Investoren waren. Systematische Auswirkungen auf die Miethöhe lassen sich laut Bundesregierung durch die Verkäufe nicht erkennen, vielmehr hänge die Entwicklung vom jeweiligen »Marktumfeld« ab. (AFP/jw)

DIENSTAG,
9. APRIL,
19 UHR
BUCHVORSTELLUNG



Rebel Girls: 32 amerikanische Frauen im Porträt

Mit Autor Victor Grossman

Victor Grossman stellt in lebendigen Porträts 32 amerikanische Frauen vor, die in den großen Kämpfen um Selbstbestimmung und Menschenrechte, Gleichberechtigung und Frieden von der Kolonialzeit bis in unsere Tage eine prominente Rolle gespielt haben. Neben berühmten wie Jane Fonda, Angela Davis oder Billie Holliday finden sich andere, die weniger bekannt, aber nicht weniger faszinierend sind.

Moderation: Claudia Wangerin (jw)

Eintritt: 5,00 €/erm.: 3,00 €

Die Typografie
jungeWelt
Ladengalerie
www.jungewelt.de/ladengalerie
Torstraße 6, 10119 Berlin
(Nähe Rosa-Luxemburg-Platz)
Öffnungszeiten: Mo.–Do.: 11–18 Uhr; Fr.: 10–14 Uhr



Simulierte Aufstandsbekämpfung: Angehörige der Bundeswehr in zivil in der Rolle »gewaltbereiter Demonstranten« gegen Einheiten der Feldjäger am 26. Mai 2009 auf dem Truppenübungsplatz Lübtheen. Szenarien dieser Art werden verstärkt in Kooperation mit Reservisten und zivilen Hilfsorganisationen durchgeführt

Geprobter Bürgerkrieg

Hintergrund ♦ Die ausschließlich aus Reservisten bestehenden »Sicherungs- und Unterstützungskräfte« üben zusammen mit der Bundeswehr und Hilfsorganisationen den »Heimatschutz«. Eine zivil-militärische Gesamtverteidigung soll entstehen. **Von Peer Heinel**

Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Thüringen haben sie bereits, alle anderen Bundesländer werden sie noch bekommen – Regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte, im Militärjargon kurz RSUKr. Die ausschließlich aus Reservisten der Bundeswehr bestehende Einheit soll laut Bundesverteidigungsministerium (BMVg) 27 Kompanien mit einer Gesamtpersonalstärke von 2700 Mann umfassen; aktuell ist sogar von bis zu 32 aus mehr als 3000 Reservisten bestehenden Kompanien die Rede. Die Angehörigen der RSUKr, die bei Bedarf jederzeit einberufen werden können, sind den in allen sechzehn Bundesländern implementierten »Landeskommandos« der deutschen Streitkräfte unterstellt; zu ihren primären Aufgaben gehört es nach Angaben des BMVg, »die aktive Truppe ... im Rahmen des Heimatschutzes (zu) unterstützen«. Verstanden wird hierunter ein ganzes Bündel von Maßnahmen: Die »Überwachung und Gewährleistung der Sicherheit des deutschen Luft- und Seeraums« und die »Absicherung militärischer Anlagen« im Inland zählen ebenso dazu wie die »Amtshilfe« für andere Repressionsdienste – etwa zum »Schutz kritischer Infrastruktur« oder bei »innerem Notstand«.

Selbstverständlich muß das alles auch trainiert werden – schließlich geraten ehemals aktive Soldaten durch die Freuden des Zivillebens leicht außer Form. Dokumentiert ist ein entsprechendes Bürgerkriegsmanöver für das Jahr 2009; es firmierte unter der Bezeichnung »Hoher Franke II« und fand an der »Luftverteidigungsstellung Döbraberg« in der Nähe des bayerischen Ortes Schwarzenbach am Wald statt. Wie die *Frankenpost* seinerzeit berichtete, habe der in Anwesenheit des heutigen Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich (CSU) abgehaltenen »Objektschutzübung« folgendes Szenario zugrunde gelegen: Einhergehend mit der »Ausweitung des Afghanistan-Einsatzes« seien auch die in der Bundesrepublik stationierten »Verbände der Luftverteidigung und der Luftraumüberwachung« ins Visier von Aufständischen und »Terroristen« geraten. Nicht näher bezeichnete Geheimdienste hätten bei einer Fahrzeugkontrolle Papiere, Kar-

ten und Koordinaten der Stellung am Döbraberg konfisziert und daraus messerscharf auf einen kurz bevorstehenden Angriff geschlossen – der dann auch prompt erfolgt sei.

Ausführlich beschrieb das Lokalblatt im Anschluß den Ablauf des zweitägigen Manövers. Der Darstellung zufolge waren die eingesetzten Soldaten und Reservisten am ersten Tag zunächst mit »Flugblätter verteilenden Friedensaktivisten« konfrontiert, die die Übungsteilnehmer zur Desertion aufriefen: Wie aus einer parlamentarischen Anfrage der Linkspartei hervorgeht, ließ eine fiktive Gruppe namens »Der liebe Feind – Abteilung Wehrkraftzersetzung« die Militärs schriftlich wissen, daß sie als »Handlanger einer rücksichtslosen Regierung« fungierten und die »Machenschaften« derer unterstützten, »die ständig von Freiheit reden, aber gerade das Gegenteil meinen«. Zum Nachdenken kamen die Bundeswehrangehörigen allerdings nicht – laut *Frankenpost* wurden sie gleich im Anschluß an den Auftritt der agitierenden Antimilitaristen in »Feuergefechte im Wald« verwickelt.

Terrorabwehr

Folgt man dem Bericht der Lokalpresse weiter, war damit indes noch lange nicht Feierabend, sah das Übungsdrehbuch doch eine weitere Eskalation vor. Nach dem nächtlichen Beschuß eines Munitionstransporters hätten am frühen Morgen des zweiten Manövertages Bewaffnete die Luftwaffenstellung selbst attackiert, hieß es: »Ein Fahrzeug durchbrach den Checkpoint und explodierte, wobei viele Soldaten verletzt wurden.« Daraufhin habe die Bundeswehr die »zivilen Hilfsorganisationen« Technisches Hilfswerk (THW), Rotes Kreuz, Bergwacht und Freiwillige Feuerwehr um Unterstützung gebeten. Ihren Höhepunkt erreichte die Übung laut *Frankenpost* mit einem Feuerüberfall auf den Radarturm der Luftwaffenstellung. Da die Angreifer dabei Panzerfäuste eingesetzt hätten, habe es sowohl im Inneren des Turmes als auch auf den umliegenden Gebäuden viele Schwerverletzte gegeben. Aufgabe der eingesetzten Militärs sei in dieser Situation die Bekämpfung der »Terroristen« gewesen: »Soldaten schlugen mit Salven

aus ihren Maschinengewehren die Angreifer in die Flucht beziehungsweise schalteten sie aus.« Die Bergung der Verwundeten sei hingegen von den »zivilen Hilfsorganisationen« übernommen worden: »Während das THW die Verletzten von den umliegenden Dächern barg, mußte im Inneren des Turmes die Bergwacht Verletzte von der ersten Etage des Turmes aus rund 25 Metern Höhe abseilen.« Ein an der »Objektschutzübung Hoher Franke II« beteiligter Bundeswehroffizier bezeichnete diese der Lokalpresse zufolge im Rahmen einer abschließenden Manöverkritik als perfektes Beispiel für die »praxisnahe gemeinsame Ausbildung unserer aktiven Soldaten und der Reservisten«.

Das dürfte auch Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) so sehen, dem Reservisten nach eigener Aussage als »Nukleus für einen den zukünftigen Bedrohungsszenarien angemessenen Aufwuchs« der deutschen Streitkräfte gelten. Laut seiner am 1. Februar 2012 verkündeten »Konzeption der Reserve« ist der »Heimatschutz« deren »wesentliche Aufgabe«; zur Abwehr von »asymmetrischen und insbesondere terroristischen Bedrohungen« müßten sie die »zivilen Sicherheits- und Katastrophenschutzkräfte« auf breiter Front »ergänzen«, heißt es hier. Wie das BMVg weiter ausführt, habe man bereits ein von Reservisten getragenes »flächendeckendes Netzwerk« implementiert, »um die zivilen Stellen und Akteure zu informieren, zu beraten und zu unterstützen«. Hierunter fallen sowohl die 470 auf der Ebene der Regierungsbezirke, der Landkreise und der kreisfreien Städte eingerichteten »Bezirks- und Kreisverbindungskommandos« als auch neunzehn über die gesamte Bundesrepublik verteilte »Stützpunkte« für »zivil-militärische Zusammenarbeit«. Auf letzteren sind nicht nur mit Räumpanzern ausgestattete Pioniertruppen stationiert, sondern auch Einheiten zur Abwehr von Angriffen mit atomaren, biologischen und chemischen Waffen. Laut Verteidigungsministerium schließen die jetzt aufgestellten »Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte« somit die letzte »Lücke« im Rahmen der »gesamtsstaatlichen Sicherheitsvorsorge«.

Mit letzterer befaßt sich hierzulande neben der Bundeswehr insbesondere das Bundesamt

für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Wie das Militär weiß auch die Behörde, daß ein Land, das gemäß den eigenen »Verteidigungspolitischen Richtlinien« weltweit Krieg für den »Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten« führt, mit harschen Reaktionen derer rechnen muß, die nicht gewillt sind, sich zu Objekten einer neokolonialen Weltpolitik degradieren zu lassen. Das »neue, sich in den vergangenen Jahren deutlich steigernde außen- und sicherheitspolitische Engagement Deutschlands« habe zu einer nationalen Bedrohung durch Angriffe feindlicher Kombattanten im Inland (»Terroristen«) geführt, erklärt denn auch das BBK in seiner »Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland«. Gefordert wird hier die Etablierung einer staatlichen »Gesamtverteidigung« mit »hoher Schlagkraft«, die sowohl die »unterschiedlichen gesetzlichen und administrativen Zuständigkeiten von Bund und Ländern« als auch die »tradierten Trennlinien« zwischen Katastrophenschutzbehörden, Polizei, Militär und Geheimdiensten »überbrückt«.

Szenario »Schmutzige Bombe«

Analog zur Bundeswehr geht das BBK davon aus, daß elaborierte Konzepte zwar schön und gut sind, aber nur Übung den Meister macht – und läßt daher die zivil-militärische »Gesamtverteidigung« gegen den terroristischen Feind respektive den »Heimatschutz« regelmäßig trainieren. Das nennt sich dann LüKEEx, wobei LüKE für »Länderübergreifendes Krisenmanagement« und Ex für »Exercise« steht. Ganz wie bei dem geschilderten Militärmanöver »Hoher Franke II« werden bürgerkriegsähnliche Szenarien durchgespielt. So simulierte etwa LüKEEx 2010 einen Anschlag auf den Flughafen Köln/Bonn, bei dem laut Drehbuch eine sogenannte Schmutzige Bombe zum Einsatz kam, worunter Terroristensexperten gemeinhin einen konventionellen Sprengsatz verstehen, der bei seiner Explosion radioaktives Material in der Umgebung verstreut. An dem Manöver beteiligt waren insgesamt etwa 1500 Angehörige von Landes- und Bundespolizei, Bundeswehr, Geheimdiensten, Feuerwehr, THW und medizinischen Rettungsdiensten. Die



Dem Verteidigungsminister gelten die Reservisten als »Nukleus für einen den zukünftigen Bedrohungsszenarien angemessenen Aufwuchs«. Thomas de Maizière (CDU) am 11. Mai 2011 beim Parlamentarischen Abend des Reservistenverbandes in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin

Kameraden des Reservistenverbandes Köln/Aachen fungierten als sogenannte Role Player – sie spielten die durch den Anschlag Verletzten und Getöteten. Trainiert wurde zwar primär im zivilen Teil des Airports, jedoch gingen die Organisatoren des BBK und seiner Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) davon aus, daß auch der militärische Teil des Flughafens in Mitleidenschaft gezogen wird – aus gutem Grund: Den deutschen Streitkräften zufolge handelt es sich bei diesem um »ein wichtiges Tor für die Auslandseinsätze der Bundeswehr«, das den »Dreh- und Angelpunkt für den Personaltransport deutscher Soldatinnen und Soldaten in die verschiedenen Einsatzgebiete« bildet.

Würden im Rahmen von LükEx 2011 »zielgerichtete Angriffe auf IT-Infrastrukturen« geprobt, die nach Ansicht des BBK wahlweise von »Skript Kiddies«, »Hackern«, »Wirtschaftskriminellen«, »Terroristen« oder ausländischen »Spionen« ausgehen können, will man sich Ende November dieses Jahres folgendem Szenario widmen: »Durch die intentionale Ausbringung von Toxinen oder biologischen Erregern werden außergewöhnliche Bedrohungslagen hervorgerufen, die die Gesundheit der Bevölkerung, die Lebensmittelsicherheit und die innere Sicherheit gefährden.« An LükEx 2013 werden sich laut BBK nicht nur das Bundesinnenministerium, das Bundesgesundheitsministerium und das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz beteiligen, sondern auch das Bundesverteidigungsministerium – samt der ihm »nachgeordneten Behörden«. Das ist insofern nachvollziehbar, als doch die Bundeswehr gleich mehrere »wehrwissenschaftliche« Institute und eine »Task Force« unterhält, um terroristische Finsterlinge zu bekämpfen, die vorsätzlich Krankheitskeime unter Volk bringen (siehe jW-Thema v. 03.03.2011). »Zivil-militärische Zusammenarbeit« ist denn auch erklärtermaßen ein »Übungsschwerpunkt« des diesjährigen LükEx-Manövers.

Grünes Licht vom Gericht

Daß im Rahmen des von Bundeswehr und BBK trainierten »Heimatschutzes« künftig Kriegswaffen zum Einsatz kommen dürfen, hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 3. Juli letzten Jahres klargestellt. Im Falle eines »Ereignis(es) von katastrophischem Ausmaß«, das auch Dritte »absichtlich herbeigeführt« haben könnten, sei die »Verwendung spezifisch militärischer Kampfmittel« mit dem Grundgesetz zu vereinbaren, erklärten die Richter. Dabei spiele es keine Rolle, so hieß es, ob »Schäden notwendigerweise bereits eingetreten« seien; es komme lediglich darauf an, daß »der Eintritt katastrophaler Schäden unmittelbar droh(e)«. Lediglich ein Verfassungsrichter wollte diesen Beschluß nicht mittragen: Nach Auffassung von

Reinhard Gaier hat das höchste deutsche Justizorgan »fundamentale Grundsätze aufgegeben« und eindeutig gegen das Rechtsprinzip verstoßen, »Streitkräfte niemals als innenpolitisches Machtinstrument« einzusetzen.

Sein Minderheitenvotum verdient genauere Betrachtung – zumal er es wagte, seine Richterkollegen daran zu erinnern, daß in der Verfassung der BRD ursprünglich gar kein Militär vorgesehen war: »Das Grundgesetz ist auch eine Absage an den deutschen Militarismus, der Ursache für die unvorstellbaren Schrecken und das millionenfache Sterben in zwei Weltkriegen war. 1949 ist die Bundesrepublik Deutschland als Staat ohne Armee entstanden; schon die Einfügung der Wehrverfassung in das Grundgesetz im Jahr 1956 wird zu Recht »eine Wende in der Entwicklung der Bundesrepublik« genannt.« Teil der verfassungsrechtlich »gebotenen Konsequenzen« aus diesen spezifisch deutschen »historischen Erfahrungen« sei die »Trennung von Militär und Polizei«, wobei letztere allein und ausschließlich für die »Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit« verantwortlich zeichne, erklärte der Jurist: »Ihre Funktion ist die der Gefahrenabwehr und nur über hierfür geeignete und erforderliche Waffen darf die Polizei verfügen; hingegen sind Kampfeinsätze der Streitkräfte auf die Vernichtung des Gegners gerichtet, was spezifisch militärische Bewaffnung notwendig macht. Beide Aufgaben sind strikt zu trennen.« Zwar habe der Gesetzgeber mittlerweile die »Voraussetzungen für die Einbindung der Streitkräfte in den zivilen Katastrophenschutz geschaffen«, damit allerdings »nur polizeiliche Maßnahmen, nicht aber militärische Kampfeinsätze ermöglicht«.

Gaiers besonderes Mißfallen erregte die Aussage des Bundesverfassungsgerichts, Inlandseinsätze der Bundeswehr mit militärischer Bewaffnung zuzulassen, um einem bevorstehenden Ereignis »katastrophischen Ausmaßes« entgegenzuwirken, das auch »absichtlich herbeigeführt« sein könne: »Es handelt sich um gänzlich unbestimmte, gerichtlich kaum effektiv kontrollierbare Kategorien, die in der täglichen Anwendungspraxis viel Spielraum für subjektive Einschätzungen, persönliche Bewertungspräferenzen und unsichere, wenn nicht gar voreilige Prognosen lassen.« Konkret sah der Verfassungsrichter die Gefahr, daß »bewaffnete Streitkräfte im Inneren ... dazu eingesetzt werden, um allein schon durch ihre Präsenz die Bevölkerung etwa bei Demonstrationen einzuschüchtern«, und fragte rhetorisch: »Wie ist beispielsweise zu verhindern, daß im Zusammenhang mit regierungskritischen Großdemonstrationen – wie etwa im Juni 2007 aus Anlaß des »G-8-Gipfels« in Heiligendamm – schon wegen befürchteter Aggressivität einzelner teilnehmender Gruppen »mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in Kürze« eintretende massive Gewalttätigkeiten mit »katastrophalen Schadensfolgen« angenom-

men werden und deswegen bewaffnete Einheiten der Bundeswehr aufziehen?« Vor Augen hatte er dabei offenbar aus Militärdiktaturen bekannte Bilder: »Im Schatten eines Arsenal militärischer Waffen kann freie Meinungsäußerung schwerlich gedeihen.«

Notstand oder Amtshilfe

Um Einsätze der Streitkräfte im Inland juristisch zu legitimieren, hat die hiesige politisch-militärische Führung grundsätzlich zwei Möglichkeiten. Sie könnte einmal den 1968 im Rahmen der »Notstandsgesetzgebung« von der seinerzeit amtierenden Großen Koalition aus CDU und SPD geänderten Artikel 87a der Verfassung bemühen, der seither unter Ziffer 4 folgendes bestimmt: »Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann die Bundesregierung (...) Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes beim Schutze von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen.« Dieser Weg allerdings wurde aus gutem Grund bisher nicht beschritten: Wer in aller Welt Kriege ohne Kriegserklärung führt, um den mühsam aufrechterhaltenen Schein gesellschaftlicher Normalität nicht in Frage zu stellen, will im Inland nicht auf Notstandsgesetze rekurrieren, zumal diese mit un schönen Reminiszenzen an eine noch unschönere Vergangenheit behaftet sind.

Als Alternative zur Anwendung des Grundgesetzartikels 87a bietet sich der Bezug auf den Grundgesetzartikel 35 an, der in Absatz 1 »Behörden des Bundes und der Länder« zu gegenseitiger »Rechts- und Amtshilfe« verpflichtet und in Absatz 2 folgendes festlegt: »Zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung kann ein Land in Fällen von besonderer Bedeutung Kräfte und Einrichtungen des Bundesgrenzschutzes zur Unterstützung seiner Polizei anfordern, wenn die Polizei ohne diese Unterstützung eine Aufgabe nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten erfüllen könnte. Zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall kann ein Land Polizeikräfte anderer Länder, Kräfte und Einrichtungen anderer Verwaltungen sowie des Bundesgrenzschutzes und der Streitkräfte anfordern.«

Dieser sogenannte Amtshilfeparagraph wurde in den letzten Jahren immer wieder herangezogen, wenn es darum ging, politisch mißliebige Proteste einzudämmen. Nicht umsonst verwies Verfassungsrichter Gaier in seinem Minderheitenvotum gegen den Kriegswaffeneinsatz im Inland auf die staatlichen Aktivitäten zur Absicherung des »G-8-Gipfels« in Heiligendamm anno 2007: Seinerzeit unterstützten 2 000 Bun-

deswehresoldaten die 16 000 zum Schutz der angereisten Staatschefs eingesetzten Polizisten; Spähpanzer vom Typ »Fennek« bewachten Straßenkreuzungen und Zufahrtswege oder standen für Aufklärungs- und Transportdienstleistungen aller Art zur Verfügung; Kriegsschiffe sicherten die Ostseeküste vor Eindringlingen wie Boot fahrenden Greenpeace-Aktivisten; Tornado-Kampffjets nahmen im Tiefflug Bilder von den Protestcamps und ihren Bewohnern auf. Mit von der Partie waren auch die Heimatschutzkommandos von Rostock, Güstrow, Parchim, Bad Doberan und Neubrandenburg, wie die Bundesregierung auf Nachfrage der Linksfraction einräumte. Bereits Monate vor dem Gipfeltreffen hatte der damalige Chef des mecklenburgischen Bundeswehr-Landeskommandos, Oberst Manfred Pape, gegenüber dem Norddeutschen Rundfunk eine entsprechende »Sicherheitsübung« in Rostock und den benachbarten Landkreisen angekündigt. Unter Einbeziehung der »neuen zivil-militärischen Verbindungskommandos« wolle man »das Zusammenwirken von Sicherheits- und Hilfskräften etwa bei Demonstrationen oder Auseinandersetzungen mit militanten Globalisierungsgegnern« trainieren, so der Militär.

Auch den Einsatz der Streitkräfte gegen an Arbeitskämpfen Beteiligte zieht die hiesige politische Führung offenbar in Betracht. Als die Vertreter der Linkspartei im Bundestag Ende August 2009 von der Bundesregierung wissen wollten, ob sie ein »Tätigwerden« zivil-militärischer »Strukturen« gegen »Streiks im Transport-, Energie- oder Sanitätssektor oder bei der Müllabfuhr« ausschließen könne, lautete die sibyllinische Antwort: »Die Prüfung der Voraussetzungen für eine Unterstützung der Bundeswehr im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben ist dem jeweiligen konkreten Einzelfall vorbehalten.« Unterdessen übt das in Donaueschingen stationierte Jägerbataillon 292 nachweislich schon einmal die Niederschlagung von Demonstrationen, bei denen die Protestierenden »Blaumann« tragen. Einer Selbstdarstellung zufolge ist die Einheit »aufgrund der hohen Personalstärke« nicht nur »sehr gut geeignet« für den »Kampf mit oder um Sperren und Hindernisse«, sondern auch für »Einsätze zur Katastrophenhilfe«.

»Heimatschutz« nach Thüringer Art

In letzter Zeit leistet die Bundeswehr offenbar insbesondere dann gerne »Amtshilfe«, wenn es darum geht, Naziveranstaltungen gegen antifaschistischen Widerstand durchzudrücken. Ausweislich der Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Linksfraction unterstützte das Landeskommando Thüringen die Polizeidirektion Nordhausen im Mai 2012 nicht nur bei der »Absicherung« des Landesparteitags der NPD, sondern half der Behörde auch dabei, eine Demonstration der Naziapartei zu schützen. Im Juni letzten Jahres schließlich kam die Polizeidirektion Suhl in den Genuß der von Seiten des Landeskommandos gewährten »Amtshilfe«: Die Truppe versorgte die 1100 zum Schutz des »Thüringentags der nationalen Jugend« eingesetzten Polizisten bereitwillig mit »Marschverpflegung«. Organisiert wird die seit 2002 alljährlich stattfindende Veranstaltung nicht zuletzt von Nazikadern aus dem Umfeld des vom Verfassungsschutz üppig finanzierten »Thüringer Heimatschutzes« – eben jener Vereinigung, der die rassistischen Mörder des »Nationalsozialistischen Untergrunds« entstammen.

◆ Peer Heinelt ist Politologe und lebt als freier Autor in Frankfurt/Main. Zuletzt erschien von ihm an dieser Stelle ein Beitrag über die Zusammenarbeit des Bundesamts für Verfassungsschutz mit »Arbeitgeberverbänden« (16.11.2012)

Lesen Sie morgen auf den jW-Themaseiten

Transnationale Verflechtung und Stellung des deutschen Kapitals in der EU

Von Kees van der Pijl und Otto Holman



(Verlag 8. Mai GmbH, 72 Seiten, 3,60 €)

Die Broschüre zur XVIII. Internationalen ROSA LUXEMBURG Konferenz

mit allen Vorträgen sowie Auszügen aus der Podiumsdiskussion.

Wer hat Angst vor wem?

MIT BEITRÄGEN VON:
CARLOS INSUNZA ROJAS, CHILE;
HERNANDO CALVO OSPINA, KOLUMBIEN;
DAN BERGER, USA; **LUIS MORLOTE**, KUBA;
RAMÓN CHAO, FRANKREICH;
IGNACIO RAMONET, FRANKREICH

Zum Thema »Der Feind steht links« diskutierten:

SUSANN WITT-STAH, PUBLIZISTIN;
GABRIELE HEINECKE, RECHTSANWÄLTIN;
BODO RAMELOW, FRAKTIONSVORSITZENDER
 DIE LINKE IM LANDTAG THÜRINGEN;
SANDRA BAKUTZ, ANTIFA;
PATRIK KÖBELE, DKP;
 MODERATION: **ARNOLD SCHÖLZEL**,
 jW-CHEFREDAKTEUR

Erhältlich ebenfalls an gutsortierten Kiosken, in Bahnhofsbuchhandlungen oder im jW-Shop

unter www.jungewelt-shop.de sowie in der jW-Ladengalerie, Torstraße 6, 10119 Berlin (Öffnungszeiten: Mo.–Do., 11–18 Uhr, Fr., 10–14 Uhr). Telefonische Bestellung unter 030/53 63 55-37

Ja, ich bestelle

Exemplare der Broschüre zur Rosa-Luxemburg-Konferenz 2013 zum Preis von 3,60 € (zzgl. 1,50 € Versandkosten, ab einer Bestellung von 10 Broschüren entfallen die Versandkosten).

Gesamtpreis: €

Frau Herr

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

Unterschrift

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag einmalig von meinem Konto abzubuchen:

Kontonummer

Bankleitzahl

Geldinstitut

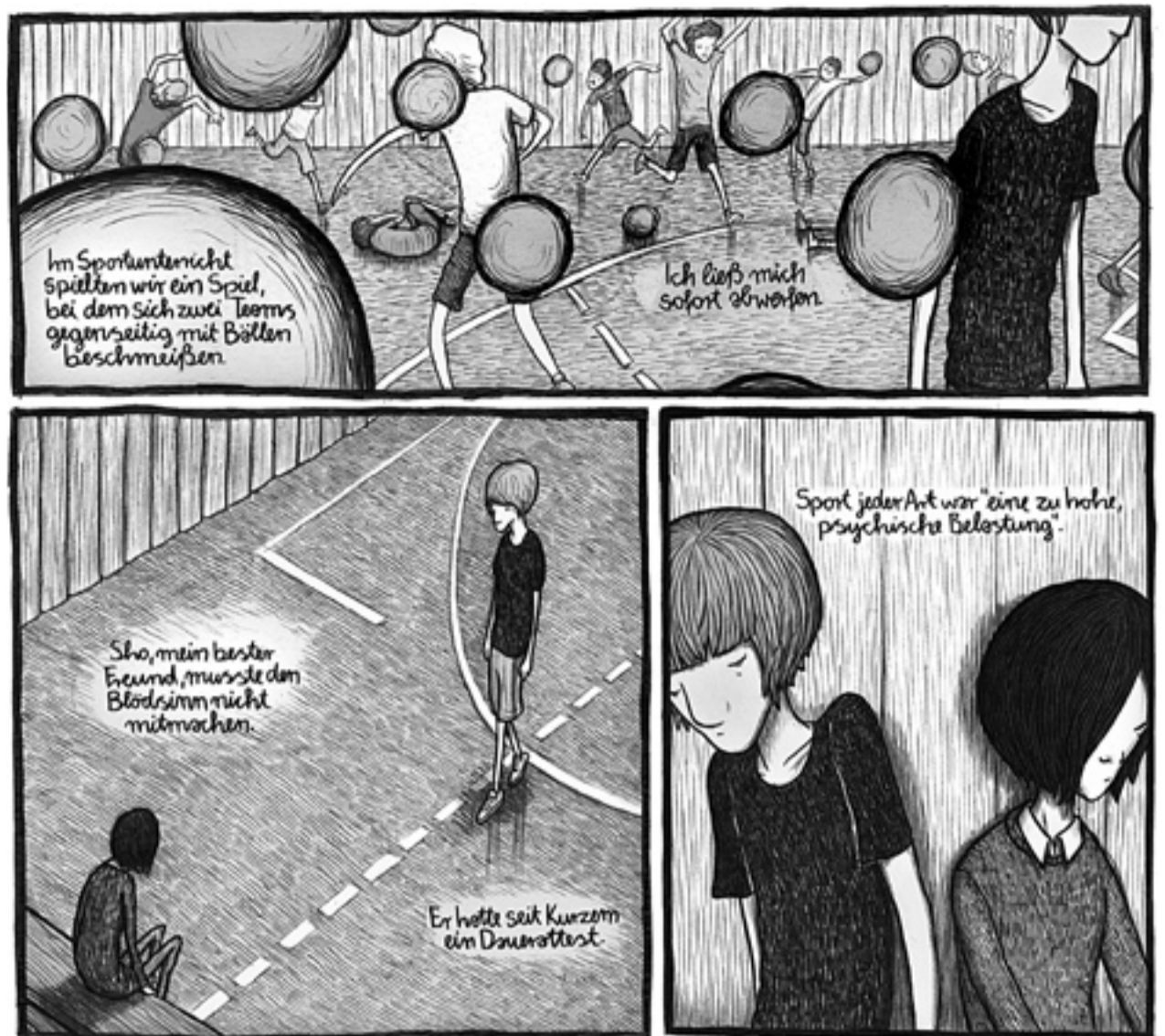
Datum/Unterschrift

Coupon einsenden an:
 Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin,
 oder faxen an die 030/53 63 55-44

In pessimistischen Coming-of-Age-Erzählungen ist Glück ein Versprechen, das sich erst weit hinter den Grenzen der Vorstädte einlösen läßt. Die mentale Stagnation, die die Einwohner Suburbias in ihren aufgeräumten Häusern zum stillen Leiden verdonnert, korrespondiert meist umso beharrlicher mit gewaltigen Fluchtplänen – in die Großstadt, wo möglicherweise doch noch brauchbarere Lebensmodelle existieren. In der Regel ist jedoch allein diese Sehnsucht bereits die größte Bewegung, zu der die Figuren inmunde sind.

Auch dem namenlosen jugendlichen Pärchen, das sich im formidablen Comicdebüt »Vakuum« von Lukas Jülicher, in einem namenlosen amerikanischen Städtchen gegenseitig findet, bleibt nicht viel mehr als die Illusion, an diesen Ort nur noch für kurze Zeit gefesselt zu sein. Die haben sie auch bitter nötig: Innerhalb der erzählten Spätsommerwoche entfesselt Jülicher, Absolvent des Studiengangs Illustration der Hamburger HAW, ein ganzes Arsenal devianter Erscheinungsformen, die sich zweifellos als Abbild der passiven Aggression der Erwachsenen artikulieren. Wo einerseits ein Familienfreund beim Spieleabend lüstern und unter verschämter Duldung aller anderen der Tochter des Gastgebers hinterherglotzt, da vergewaltigt andererseits ein introvertierter Junge während des privaten Nachhilfeunterrichts die Schulschönheit, bevor er sich mit einer Tablettenüberdosis umbringt. »Weil er lieber noch etwas Schönes erleben und allein sterben wollte, anstatt auf die Apokalypse zu warten«, wird später die kryptische Erklärung seines Bruders lauten.

Die Apokalypse ist längst eingetreten, nur hat sie hier niemand bemerkt. Die Schüler verabreden sich nachts, um heimlich Bilder von der Leiche des Selbstmörders in der Kühlzelle zu machen. Es geht weder um Abschied noch Nervenkitzel, eher um die Bestätigung, daß selbst der Tod dem Leben keine sensationellen Aspekte hinzuzufügen weiß. Am traurigsten ist die stoische Teilnahmslosigkeit, mit der alle das Geschehen hinnehmen. »Vakuum« ist eine Sammlung ausdrucksloser Mienen, die von langen schmalen Körpern mit nadeldünnen Armen und Beinen durch eine von allen Primärfarben bereinigten, ausgewaschenen Welt navigiert werden, und weil keine Speedlines und Geschwindigkeit suggerierende Schnitttechniken



Die Apokalypse ist längst eingetreten, nur hat sie hier niemand bemerkt

Etwas Schönes erleben

Saurer Vogel Jugend: Lukas Jüligers Comic »Vakuum« über die Sehnsucht in der Vorstadt. Von Sven Jachmann

die Figuren stützen, wirkt auch jedwede Bewegung eigentümlich eingefroren.

Das junge Paar (dessen männlicher Protagonist der Ich-Erzähler des Comics ist) bewegt sich auf die alterstypischen biografischen Bruchstellen zu, und weil sie wissen, daß das nichts Gutes verheißt, verwässern sie die Gewißheit mit Alkohol und Drogen. Zu ihnen gehört auch irgendwie Sho, einst der einzige Freund des Jungen, den allerdings ein gemeinsames Drogenexperi-

ment der beiden in ein bizarres Phlegma geführt hat. Seither radiert Sho mit Hilfe grotesker Rituale erst all seinen materiellen Besitz, schließlich seine ganze Identität aus. Und erneut ist es nicht diese maschinelle Beharrlichkeit, sämtliche Spuren eines entgleiten Lebens durch vollkommene Selbstaufgabe zu verwischen, die irritiert, sondern die regungslose Akzeptanz, mit der die zwei Verliebten Shos Verfall begleiten – und sich auch trotz der fatalen Folgen unbe-

irrt ihrer Romantik sicher sein können. Daß man nur in der Jugend – für den Arbeitszwang weitgehend zu jung, für die Lügen der Lehrer und Eltern zu alt – die Zeit besitzt, an den Widersprüchen des Lebens geduldet zu verzweifeln, ruft diese Perle unter den hiesigen Comicproduktionen ziemlich radikal ins Gedächtnis zurück.

◆ Lukas Jülicher: Vakuum. Reprodukt, Berlin 2012. 128 Seiten. 20 Euro

DENN SIE WISSEN, WAS SIE TUN – KLEINE REBELLENKUNDE (2). KING KONG. VON FRANK SCHÄFER

Wie rebellisch ist ein Monster? Das Monster bricht ein in die Gesellschaft, es fordert sie heraus – und ihr Weiterbestehen hängt davon ab, ob sie die Herausforderung des essentiell Anderen meistern kann. In der Monsterfigur materialisiert sich die Gefahr, die vom Rebellen für die Gesellschaft ausgeht, in überlebensgroßer Weise.

Besonders offensichtlich wird das bei »King Kong«. Er ist nun mal einer der größten und noch dazu das erste wirklich moderne Monster. Die vorherigen Ungetüme, all die Vampire, Werwölfe, Dinosaurier, der Golem, Frankensteins Leichenflickschusterei, das Phantom der Oper hingen noch an der Nabelschnur der Literaturgeschichte, gingen mithin zurück auf belletristische Vorlagen – am Anfang von »King Kong« stand nur ein Treatment. Merian C. Cooper, hochdekoriertes Kampfflieger, der nach dem 1. Weltkrieg zum gefeierten Dokumentarfilmer und Hollywood-Produzenten avancierte, wollte Anfang der 30er Jahre einen großen Film machen, und er verschleiß gleich

mehrere Drehbuchschreiber – unter anderem den Bestsellerautor Edgar Wallace, den während der Arbeit eine Lungenentzündung dahinraffte und von dessen Version denn auch wenig übrigblieb –, bis sich die sattsam bekannte Story herausgeschält hatte. Man muß sie nicht mehr nacherzählen, sie hat sich längst ins kollektive Gedächtnis eingefressen.

Der rebellische Subtext des 1933 in die Kinos kommenden Films »King Kong« resultiert aus einer kalkulierten Vermischung von rassistischen und sexuellen Konnotationen. Er ist der »schwarze Affe«, personifiziert den überlebensgroßen Pimp, der sich an einer Weißen vergreift. In einer Szene entblättert er Ann Darow, die »weiße Frau«, faßt ihr unter den Rock und riecht an seinen Fingern. Während Driscoll, ihr Liebhaber in spe, das alles hilflos mit ansehen muß. Cooper und seine Kombattanten spielen hier ziemlich dreist mit dem sexuellen Minderwertigkeitsgefühl des weißen Patriarchats, vergessen dann aber auch nicht, es am Ende wieder ins Recht zu setzen. Damit al-

le ruhig schlafen können. King Kong wird in Ketten gelegt. Versklavt! Als er eine weitere Rebellion anzettelt, ausbricht und erneut die weiße Frau in seine Gewalt bringt, macht man endgültig kurzen Prozeß mit ihm. Und dafür nimmt man immer noch den höchsten Baum – resp. das damals höchste Gebäude der Welt, das Empire State Building.

Sein rebellische Potential machte »King Kong« dann aber auch für Schwarze attraktiv, die ungeachtet der rassistischen Semantik an der Mythologisierung mitstrickten. »Es war ihre eigene, ganz spezielle, großstädtische Gorilla-Guerilla-Phantasie«, schreibt die Filmkritikerin Pauline Kael. »Der König im eigenen Land sein, in Ketten von dort weggebracht werden, stark genug zu sein, um Mißachtung und Trotz über die große Stadt hinweg zu brüllen, um schließlich mit einem ruhmreichen Ausbruch unterzugehen.« Und noch eine Lesart drängt sich auf – angesichts der Tatsache, daß der Beginn der Nazidiktatur in Deutschland der Premiere nur ein

paar Wochen vorausging. Die braune Bestie hatte sich gerade erhoben, der deutsche Übermensch, der sich mit der Natur im Bunde glaubte, um Kultur und Zivilisation zu vernichten. In Gestalt des »King Kong« wird er schon mal in geradezu prophetischer Weise vom Weltenthron gestürzt, den er im Film erklommen hat. Und es ist nicht umsonst »die gute alte Army«, mit deren Hilfe die Zivilisation die Oberhand behält über die ungezügelt Natur.

Die späteren »King Kong«-Adaptionen haben diese Lesarten erneut überschrieben. Am deutlichsten zeigt wohl die Figur der »weißen Frau«, wie sich die aufgeklärte, postindustrielle Weltgesellschaft mittlerweile gern sieht. Vom hilflosen Opfer hat sich Ann Darow bei Peter Jacksons »King Kong« (2005) zur selbstbewußten Integrationsbeauftragten entwickelt, die dem toten King Kong dicke Kullertränen nachweint. So als ob es tatsächlich eine reale Möglichkeit gegeben hätte, den Riesenrebell wie auch immer gesellschaftlich zu assimilieren.

Klar, oder was?

Kein Handy, kein Facebook, kein Konto, aber ein Buch über Slime von Slime und Daniel Ryser.

Von Michael Saager

Und irgendwie, verflucht, geht es ja doch immer wieder um Kohle. Früher oder später. In Daniel Ryser's toller Biographie über Deutschlands radikalste Punkband, »Slime – Deutschland muß sterben«, heißt es: »Jetzt kann man natürlich mit den Ärzten kommen und den Toten Hosen, die schenken sich gegenseitig Corvettes zum Geburtstag oder machen Theater auf großen Bühnen.« Zasterschweres »Punkrockkino« nennt Ryser das. Dieser Zaster »fehlt bei Dirk Jora an allen Ecken und Enden«. Live hard, die hard? Abwarten. Ein Opfer ist der charismatische Sänger, über dessen Stimme Schorsch Kame-run sagt, sie würde »bei allem Pathos nach Action und Arbeiterklasse« klingen, aber mitnichten. Eher schon ein harter kompromißloser Hund mit einem bemerkenswert alkohol- und kokaingesättigten Lebensstil, lange Zeit. Da hörst du schon mit Mitte Dreißig, wie das Gras nach dir schnappt.

Inzwischen wohnt Jora, 53 Jahre alt und bis heute Deutschlands weltgrößter FC-St.-Pauli-Fan, nicht mehr in Hamburg, sondern in der Pampa bei Hamburg. Am Ende des Buches – spannende Reportagen wie diese Band- und Popkulturgeschichte Deutschlands wollen schließlich ansprechend emotional gerahmt sein – sind wir noch einmal ein paar Seiten lang ganz bei ihm: Trinken Bier im elterlichen Garten von Jora, der keinen Job hat, obwohl er durchaus einen brauchen könnte. Und der Sachen sagt, über die man hin und wieder mal nachdenken sollte: »Kein Handyvertrag, kein Facebook, kein Konto. Ich habe vor 25 Jahren mit Leuten auf brennenden Barrikaden gestanden, um gegen die Volkszählung zu demonstrieren. Heute liefern dieselben Leute ihre Daten freiwillig bei Facebook ab.«

Die Geschichte von Slime ist nicht die Geschichte von Dirk Jora, natürlich nicht. Genausowenig wie die Geschichte der 1979 gegründeten Band nur Slimes Geschichte wäre. Sie läßt sich auch nicht reduzieren auf ihre bekanntesten Songs, auf das verbotene Stück »Wir wollen keine Bullenschweine« aus dem Jahr 1980 von der gleichnamigen ersten Single, sowie auf den »Hit« der Gruppe von der ersten, 1981 erschienenen LP »Slime I: »Deutschland muß sterben« (»... damit wir leben können...«). Gar nicht doof, wie Slime die Inschrift auf einem 1934 errichteten Kriegerdenkmal am Hamburger Dammtorbahnhof mit Hilfe einer kleinen, feinen Drehung auf eine, sagen wir, vernünftigeren politische Ebene gehoben haben. Auf dem Denkmal steht typischer Kriegspropagandamist: »Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen.«

Daniel Ryser, der lange für die Schweizer Wochenzeitung WOZ schrieb und derzeit als Reporter für Das Magazin arbeitet, weiß um die Langeweile schnöder Bandbiographien. Weshalb es in »Slime – Deutschland muß sterben« gewissermaßen um alles geht. Nein, um alles gehen muß, was für Slime und die Welt, aus der Gitarrist Christian Mevs, Gitarrist Mi-



Kunstpunks, Funpunks, Politpunks, Postpunks – alle gegen alle. Und Slime halten die Wand fest

chael »Elf« Mayer, Bassist Sven »Eddie« Räther, Schlagzeuger Stephan Mahler und Sänger Dirk Jora kommen, einmal wichtig war. Und teilweise heute noch wichtig ist. Denn seit 2010

»Ist uns völlig scheißegal, verstehst du? Scheißegal, ob jemand schwarz ist oder weiß, scheißegal, ob jemand Türke ist oder Deutscher, scheißegal! Versteht ihr mich, ihr Wichser? Ja? Und all die Leute haben Bock drauf, daß wir spielen. Und ihr kleiner Scheißhaufen werdet dieses Konzert nicht in' Arsch machen, sonst gibt es auf die Fresse, so satt und lang, wie ihr noch nie in eurem Leben auf die Fresse gekriegt habt! Klar, oder was?«

gibt es sie ja wieder, diese ernsthafte, hochenergetische Gruppe, nachdem sie sich ein paar mal aufgelöst hatte, weil man ausgebrannt war, das Gefühl hatte, es gäbe nichts mehr zu sagen, das Übliche halt.

Es gibt sie noch immer, die Band

der Autonomen und proletarischen Ausgeher von einst. Auf ihrem jüngsten Studioalbum »Sich fügen heißt lügen« aus dem vergangenen Jahr hat sie Gedichte des von den Nazis im KZ ermordeten Linkskommunisten und Schriftstellers Erich Mühsam vertont, was in dieser Zeitung sehr einleuchtend gefunden wurde, da Mühsams »offensiv antiautoritäre« Gedichte vor dem Hintergrund neoimperialistischer Kriege gut zu Slime passen würden.

Die Band ist ein Phänomen ihrer Zeit, die Zeit phänomenalisiert sich nicht zuletzt über diese Band. Deshalb erzählt Ryser von Punk und Politik in den späten 70ern, frühen 80ern und frühen 90ern, von radikalen Lebensentwürfen und prekären Lebensstilen. Von Grabenkämpfen zwischen den Szenen Hamburgs: Kunstpunks, Funpunks, Politpunks, Postpunks – alle gegen alle.

Was Ryser als souveräner Bandbio-

graph selbstverständlich auch weiß: Anekdoten mit hohem Unterhaltungswert dürfen in einer Musikerbiographie keinesfalls fehlen. Bei einer Band wie Slime – kein Problem. Legendär ist Joras Konzertansage in den Berliner Pankhallen aus dem Jahr 1984. Weil klar war, es würde wieder einmal Streß mit Neonazis geben, sagte er folgendes: »Paßt auf, ihr Scheißer – ja? Uns ist das völlig egal, ob jemand aus Berlin kommt, aus Hamburg oder sonst woher. Ist uns völlig scheißegal, verstehst du? Scheißegal, ob jemand schwarz ist oder weiß, scheißegal, ob jemand Türke ist oder Deutscher, scheißegal! Versteht ihr mich, ihr Wichser? Ja? Und all die Leute haben Bock drauf, daß wir spielen. Und ihr kleiner Scheißhaufen werdet dieses Konzert nicht in' Arsch machen, sonst gibt es auf die Fresse, so satt und lang, wie ihr noch nie in eurem Leben auf die Fresse gekriegt habt! Klar, oder was?«

»Geknallt« hat es danach nicht wirklich, zwanzig Leute, »die sich mit Holzlatten und Eisenstangen um Dirk postierten«, so Ryser, »schlugen die Rechten in die Flucht«. Jello Biafra hätte das gefallen. Und heute so? Spielen die ehemaligen Punks von den Toten Hosen den Soundtrack der Nation vor wehendem Deutschlandfahnenmeer. Und finden's voll geil. Und prompt wünscht man jedem und jeder im Fußballtrikot der deutschen Nationalmannschaft eine mit Urin getränkte Jogginghose aus Rostock gratis dazu. Damit die Idee dahinter einen angemessenen Geruch entfalten kann.

◆ Daniel Ryser: Slime – Deutschland muß sterben. Heyne, München 2013, 288 Seiten, 19,99 Euro

◆ Slime: »Sich fügen heißt lügen« (People Like You/EMI)

◆ Lesetour (Jora, Mews, Mayer unplugged und Ryser): heute, Wiesbaden, Schlachthof; 3.4. Bielefeld, Bunker Ulmenwall; 5.4. Hagen, Kuz; 6.4. Osnabrück, Rosenhof; 10.4. Wien, B 72; 12.4. Steyr, Roeda; 13.4. München, Milla; 14.4. Pforzheim, Kupferdächle; 15.4. Tübingen, Sudhaus (wird fortgesetzt)

JUBEL DER WOCHE: HOFFMANN, MARIAN



Ist es uncharmant, darauf hinzuweisen, wenn schöne Frauen 50 werden? In dieser Woche trifft es gleich zwei bekannte Schauspielerinnen. Wenn Sie Calista Flockhart in der Anwaltsserie »Ally McBeal« sehen oder Julia Roberts in welcher Rolle auch immer, hören Sie Daniela Hoffmann (Foto), die heute ihr halbes Jahrhundert vollendet. Sie ist eine begnadete Sprecherin, aber auch als Schauspielerin beliebt, etwa in Serien wie »Der Landarzt«, wo sie als Ines schon seit 1999 mitmischte. Begonnen hat Hoffmann ihre Laufbahn 1980 in »Unser Mann ist König«, einer Serie des Fernsehens der DDR, in der Horst Drinda einen engagierten Kommunalpolitiker spielte. Allgemein bekannt wurde sie in dem DEFA-Musical »Zille und ick« (1983), in dem sie in der Titelrolle – nämlich »ick« – alle überflüssigen Hüllen fallen ließ. Sie war Muse und Modell für den berühmten, von Kurt Nolze gespielten Zeichner. Als sie zwei Jahre später in »Ete und Ali« die untreue Ehefrau von Jörg Schütttauf spielte, avancierte die freche Berlinerin endgültig zum Publikumsliebbling. Daß sie sehr ernsthaft sein kann, zeigte sie in Filmen von Christa Mühl, die sie als Psychologin und Naturwissenschaftlerin besetzte. »Es geht von ihr eine stille, aber unerhört eindringliche Kraft aus. Man ahnt: Da steckt noch viel mehr dahinter«, sagte die Regisseurin über die Schauspielerin, die auch eine leidenschaftliche Bikerin ist.

Noch jünger als Daniela Hoffmann, nämlich knapp 16, soll Michèle Marian gewesen sein, als sie 1979 neben Horst Drinda ihre erste Hauptrolle übernahm. »Gelb ist nicht nur die Farbe der Sonne« hieß der Film. Stimmt die Altersangabe? War die Schauspielstudentin aus Berlin-Schöneweide nicht doch schon älter, als sie die Verführerin Fräulein Lorenz spielte? Immerhin soll sie vorm Studium schon eine Hebammenausbildung abgebrochen haben. Unabhängig davon war die Tochter des Schauspielers Edwin Marian eine der schönsten jungen Frauen der DDR. Als ihr Vater im Westen sein Heil suchte, blieb sie und verzauberte vor allem die Männerwelt mit ihren Reizen. Trotz erfolgreicher Abstecher zum Boulevardtheater ist sie vor allem im Fernsehen zu Hause, wo sie sich u.a. in den Neunzigern am »Bülowbogen« herumtrieb und bis vor kurzem »Wege zum Glück« beschrift. Serienerfahrung hatte sie ja schon im DDR-Fernsehen mit »Familie intakt« (1984) gewonnen. Es ist ihr zum (vermutlich) 50. am Sonntag zu wünschen, daß sie bald weniger Seichtes zu spielen bekommt. **Jegor Jublimov**

EKZEM HOMO ODER: ICH HÄTTE DA MAL EINE FRAGE, HERR NIETZSCHE

Von Wiglaf Droste

Der Mensch suhlt sich im Seelensumpf, dann steht er wieder auf dem Strumpf, fühlt frischen Lebensmut.

Mal ringt ihn seine Psyche nieder, doch kommt er immer, immer wieder. Jetzt im Ernst ma', ist das gut?*

Post Scriptum als Diktum:

Antwort von Peter Sloterdijk ist unerbeten. Glanzlack, schweig!

* P.P.S.: »Jetzt im Ernst ma'« ist selbstverständlich eine Anspielung auf »It's Alright, Ma« von Bob Dylan. Ich erwähne das nur wegen unserer Literaturdylanologen, die niemals leer ausgehen dürfen, denn wo kämen wir da hin?

Höhere Bußgelder gegen Dominanzgehabte?

Seit Montag können auch von Radlern höhere Bußgelder verlangt werden. Beispielsweise werden als Verwarngeld 15 statt bislang zehn Euro fällig. Nach dem neuen Bußgeldkatalog werden auch viele Strafzahlungen um fünf bis zehn Euro angehoben. Allerdings weiß jeder, daß höhere Strafanordnungen wenig nützen und gerade diejenigen unter den Rad-, Krad- oder Autofahrern nicht beeindrucken, die bei Rot über die Kreuzung zischen, anderen die Vorfahrt nehmen, Gehwege »zügig« nutzen oder Kurven schneiden. Das Bewußtsein der Gefahren für sich selbst und für andere kann nur durch frühestmögliche Verkehrserziehung erhöht werden. Und mancher müßte dazu wohl vier Wochen auf einer Unfallstation helfen.

Auch der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC), Ulrich Syberg, rechnet nicht mit mehr Sicherheit oder Abschreckung durch höhere Strafen: »Das Bewußtsein über die Gefahren ist bei Radfahrern längst nicht so ausgeprägt wie bei Autofahrern«, zitierte ihn die Nachrichtenagentur *dapd* vergangenen Mittwoch. In dem Interview erklärte Syberg, das Problem seien nicht zu geringe Strafen, sondern die Beurteilung durch viele Radler: Ein Drittel der Radfahrer unterschätze zum Beispiel das Risiko beim Fahren auf der falschen Straßenseite. Dabei sei es sicherer, einen kurzen Umweg zu fahren oder vorsichtig die Straße zu überqueren. Begünstigt wird das laut Syberg durch bauliche Probleme auf Wegen und Kreuzungen, häufig fehlten auf den Radverkehr abgestimmte Ampelschal-

RATGEBER

Über Anregungen für Servicethemen (bitte unter dem Stichwort »Ratgebervorschlag« an: **junge Welt, Torstraße 6, 10119 Berlin oder per Mail an: redaktion@jungewelt.de**) freuen wir uns, bitten aber um Verständnis, daß wir konkrete Anfragen aus Kapazitätsgründen leider nicht beantworten können.

tungen oder Wegweisungen. »Die Infrastruktur (...) muß dem wachsenden Radverkehr angepaßt werden. Auf die Straßen gehören Radverkehrsstreifen.« Der ADFC-Vorsitzende forderte Politiker und Verkehrsplaner auf, gezielt zu schauen, »wo falsch gefahren wird und wo viele Unfälle passieren«. Denn häufig liege das Problem zum Beispiel in einer Ampelschaltung, die Radfahrer benachteiligt. »Die Infrastruktur muß eindeutig gestaltet werden, damit der Radfahrer erst gar nicht die Gelegenheit bekommt, sich falsch zu verhalten.« Höhere Strafen lehnt Syberg nicht ab – sie würden jedoch mangels Polizisten auf den Straßen nur wenige Sünder treffen.

Auch Verkehrsjurist Markus Schäpe vom ADAC kritisierte in dem Agenturbeitrag, daß auf rowdyhafte Radler zu wenig Druck gemacht wird. Aber vielen Rasern auf zwei Rädern sei andererseits nicht bewußt, daß sie etwa beim Überqueren einer Ampel bei Rot

schnell Punkte in Flensburg kassierten. Der Sprecher des Auto-Clubs Europa, Rainer Hillgärtner, sieht die Probleme nicht nur bei den »Pedaleros«, sondern auch den Autofahrern. Mit Besserwisseri und Dominanzgehabte machen sich beide Seiten das Leben schwer. Während Radler das Recht auf der Straße gern allein für sich hätten, attackierten Autofahrer die Radler als »unterbelichtet, riskant, militant«.

Oft seien nun die Strafzahlungen für Radler in vier Stufen gestaffelt, hieß es in einer *dapd*-Hintergrundinformation ebenfalls vom 27. März. »Wer beispielsweise einen beschilderten Radweg nicht benutzt, muß statt bislang 15 Euro künftig 20 Euro Strafe zahlen. Behindert er andere, kommen weitere fünf Euro hinzu. Gefährdet er andere, werden nochmals fünf Euro fällig. Sachbeschädigung läßt das Bußgeld um weitere fünf Euro auf (...) 35 Euro steigen.« Diese Staffelung »gibt es auch bei anderen Rüpeleien: Benutzung des Radwegs oder Befahren einer Einbahnstraße in nicht zugelassener Richtung (jeweils 20 bis 35 Euro). Wer in einer Fußgängerzone oder auf dem Gehweg nicht vom Rad absteigt, muß 15 bis 30 Euro zahlen. Dieselbe Strafe droht Radlern, die trotz vorhandener »Schutzstreifenmarkierung« nicht auf der rechten Seite fahren. Diese Streifen sind spezielle Fahrspuren für Radfahrer und sind mit einer dünnen gestrichelten Linie am rechten Fahrbahnrand abgetrennt. Keine oder eine nicht funktionierende Klingel kostet 15 Euro. Fehlt das Licht am Rad, kann eine Strafzahlung von 20 Euro verhängt werden. Weitaus kräftigere Strafen sind bereits seit Februar 2009 im Bußgeldkatalog für Radfahrer verankert: bei Mißach-

tung des Rotlichts an der Ampel (45 bis 120 Euro), Überqueren einer Ampel, die mehr als eine Sekunde rot war (100 bis 180 Euro) oder Überqueren eines Bahnübergangs trotz geschlossener (Halb-)Schranke (350 Euro). Wer den Vorrang von Fußgängern am Zebrastreifen mißachtet, muß ebenso Strafe zahlen (40 bis 60 Euro) wie derjenige, der sein Mobiltelefon beim Radeln benutzt (25 Euro).

Doch mit dem neuen Bußgeldkatalog seien auch die von Kraftfahrern zu zahlenden Summen erhöht worden, hieß es weiter. Autofahrer, die unzulässig auf Geh- oder Radwegen parken, drohten 20 bis 35 Euro Strafe. Außerdem lohne sich das »Übersehen« der Parkraumbewirtschaftung nicht mehr. »Künftig werden mindestens zehn Euro an Strafe fällig, und zwar schon in der ersten Stunde. Wer länger als drei Stunden an einem Parkautomaten steht, ohne zu zahlen, der muß 30 Euro berappen.« (JW)

Schlichtung auch für Schiffspassagiere

Die Schlichtungsstelle für den öffentlichen Personenverkehr (SÖP) ist nun auch zuständig für Streitigkeiten zwi-

schen Reisenden und Schiffsahrtsunternehmen. Das Bundesverkehrs- und das Bundesverbrauchermministerium erkannten die Stelle als geeignet dafür an, wie letzteres am Donnerstag vor dem Osterwochenende in Berlin mitteilte. Alle im Verband Deutscher Reeder organisierten Unternehmen nehmen demnach an der Schlichtung teil. Im Mittelpunkt stehen laut Ministerium Streitigkeiten über Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr. Auch Verlust, Beschädigung oder verpätete Lieferung von Reisegepäck könnten Gegenstand einer Schlichtung sein. Voraussetzung ist, daß ein unzufriedener Reisender sich zunächst direkt an das Unternehmen wendet. Kommt es zu keiner Einigung, kann die Schlichtungsstelle angerufen werden. Das Verfahren ist für Verbraucher kostenlos. Die SÖP war bisher bereits zuständig für Streitigkeiten zwischen Fluggesellschaften bzw. Bahn- und Busbetrieben und ihren Kunden.

Die Postadresse der SÖP lautet Fasanenstraße 81 in 10623 Berlin, telefonisch ist sie montags bis freitags zwischen 10.00 und 16.00 Uhr unter 030/6449933-0 zu erreichen (Fax: -10). Die E-Mail-Anschrift ist kontakt@soep-online.de. (AFP/JW)

FERNSEHEN

NACHSCHLAG

Schlösserwelten Europas |

Mo., 12.05. Arte

Schönste Dekadenz

Schlösser und Burgen sind die schönsten Versinnbildlichung von Dekadenz. Genau das Richtige für Ostermontag! Arte brachte denn auch ab der Mittagszeit vier Folgen der Dokureihe »Schlösserwelten Europas«. Mit ironisch-pompös gestalteten Berichten etwa über die Loire-Schlösser. Mit Tuffsteinmauern, Himmelbetten und Nutzgärten im Kachelmuster. Ein Höhepunkt: die Sicht des Autors Gero von Boehm aufs palastreiche Südeuropa. Wo lange vor Golf schon das Tennisspiel erfunden wurde. Wo der »Rothschild-Stil« wie eine Droge wirkt: mit roten Tapeten, schimmerndem Brokat und tonnenweise Goldstick. Das ist nur noch zu topfen mit Rosen von der Insel Mainau und Reisfeldern des Piemont. Adliges Schwäbeln trifft italienische Falkner – österlich verschoben. (gis)

VORSCHLAG

Die Firma

Der Traumjob bei einer hochkarätigen Anwaltskanzlei wird für den jungen Anwalt Mitch McDeere zum Alptraum: Er erfährt, daß dieses Büro für die Mafia arbeitet. Bald schon tritt das FBI an ihn heran: Er soll belastendes Material gegen die Kanzlei besorgen. Hey – Gewaltenteilung und so?! Aber gegen die Mafia sind wir immer dabei. Mit Tom Cruise, Gene Hackman. Regie: Sydney Pollack.

◆ **Kabel eins, 20.15**

6 Millionen und Einer

Im Alter von 16 Jahren wurde Joseph Fisher mit seinen Eltern und Geschwistern nach Auschwitz transportiert. Er überlebte als einziger seiner Familie und mußte noch vier weitere Konzentrationslager durchlaufen, bis er als einer der letzten aus dem Lager Gunskirchen/Österreich von den Amerikanern



»Hut ab, Majestät!« – Königin Beatrix mit ihrem Sohn, »Prinz Pilsje« Willem-Alexander, und dessen Frau Maxima

befreit wurde. Joseph Fisher wanderte nach Israel aus, heiratete und wurde Vater von fünf Kindern. Während seines ganzen Lebens schwieg er über die Zeit, die er in den verschiedenen Konzentrationslagern verbracht hatte. Aber er hinterließ ein Tagebuch, das erst nach seinem Tod gefunden wurde. Für seinen Dokumentarfilm begab sich David Fisher mit seinen Geschwistern auf die Reise, um den Vater kennenzulernen.

◆ **Arte, 22.40**

Hut ab, Majestät!

Ein neuer König für die Niederlande

Am Pomp der Monarchie hat sie immer festgehalten, läßt sich, anders als ihre Mutter Königin Juliane, stets mit »Majestät« ansprechen. Schon sehr früh ist Beatrix ehrgeizig, gut organisiert und zielorientiert. Eine sehr kluge und disziplinierte Frau mit klarer politischer Haltung. In Weihnachtsansprachen äußert sie sich zu Fremdenhaß und Umweltzerstörung. Aber immer wirkt sie ein wenig kühl und distanziert. Erst

nach einigen Schicksalsschlägen kann sie die Sympathie ihrer Niederländer gewinnen. Nun dankt die Königin ab. Die Krone übergibt sie ihrem Sohn Willem-Alexander. Er ist schon jetzt nah beim Volk. Weil er als Student gern einen über den Durst getrunken hat, nennen ihn die Niederländer Prinz Pilsje. Ach ja, sagte einst ein berühmter Niederländer: Meine Sorgen möchte ich haben. Oder war es doch Tucholsky?

◆ **Das Erste, 22.45**

Die Story im Ersten

In der Nacht des 7. Januar 2011 stürmt ein Spezialkommando des israelischen Militärs ein Haus in Hebron und erschießt dessen Besitzer im Schlaf. Eine Exekution. Der 66jährige Omar Qawameh hat keine Chance. Schon Minuten später stellen die Soldaten fest, daß sie sich in der Haustür gerirt haben. Ihre Zielperson, ein vermeintlicher Terrorist, wohnt im Untergeschoß. Eine Nahaufnahme aus dem modernen Israel.

◆ **Das Erste, 23.45**

VERANSTALTUNGEN

Filmpremiere: Marionette der Geheimdienste. Anschließend Diskussion mit der Regisseurin Nasrin Parsa und dem Rechtsanwalt Hans-Eberhard Schultz, Moderation: Markus Bernhardt (Journalist, jW-Autor). Donnerstag, 4.4., 19 Uhr, Kino Babylon, Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Eintritt: 5 Euro

Nach der Wahl von Xi Jinping zum neuen chinesischen Staatschef wollen wir wissen: Welchen Kurs wird China in den nächsten Jahren einschlagen? Welche innenpolitischen Reformen strebt Xi Jinping an? Wie sieht die Zukunft der deutsch-chinesischen Außenpolitik aus? Wie wird sich das Verhältnis zwischen China und den USA entwickeln? Vortrag des Botschafters der VR China, Shi Mingde, am Donnerstag, 4.4., 18 Uhr, in der Aula der HTW, Treskowallee 8, Berlin. Veranstalter von MdB Gesine Lötzsch, Anmeldungen bitte an gesine.loetzsch@bundestag.de

Freie Fahrt im öffentlichen Personennahverkehr – eine realistische Utopie? Referent: Bruno Kern. Diskussionsveranstaltung am Donnerstag, 4.4., 20 Uhr, im Bürgerhaus Weserterrassen, Osterdeich 70 B, Bremen. Veranstalter: Salz e.V., Bremen

Mein Leben in drei Diktaturen. Es spricht Dr. Nobert Podewin. Donnerstag, 4.4., 17 Uhr, im Roten Laden, Weidenweg 17, Berlin-Friedrichshain. Veranstalter: Mütter gegen den Krieg, Berlin-Brandenburg

Welche Aufgaben stellt sich die Linke zu den Bundestagswahlen? Veranstaltung mit Marianne Linke, Die Linke Stralsund. Donnerstag, 4.4., 16 Uhr, Heinrich-Heine-Ring 123 (Hintereingang), Stralsund. Veranstalter: Rotfuchs-Regionalgruppe Nördliches Vorpommern

◆ Die Adresse für Termine: termine@jungewelt.de

jungeWelt Die Tageszeitung

ZENTRALE: 030/53 63 55-0 **E-MAIL:** redaktion@jungewelt.de
AKTION: 030/53 63 55-10 **INTERNET:** www.jungewelt.de
ANZEIGEN: 030/53 63 55-38 **FACEBOOK:** facebook.com/jungewelt
ABOS: 030/53 63 55-81/82 **TWITTER:** twitter.com/jungewelt
FAX: 030/53 63 55-44

Herausgeberin: Linke Presse Verlags- Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft **junge Welt e.G.** (Infos unter www.jungewelt.de/lpg). Die überregionale Tageszeitung *jungeWelt* erscheint in der Verlag 8. Mai GmbH. Adresse von Genossenschaft, Verlag und Redaktion: Torstraße 6, 10119 Berlin. Geschäftsführung: Dietmar Koschmieder. Chefredaktion: Arnold Schölzel (Vi.S.d.P), Rüdiger Göbel, Stefan Huth (stellv.). Redaktion (Ressortleitung, Durchwahl): **Innenpolitik:** Jörn Boewe (-27); **Wirtschaft:** Klaus Fischer (-20); **Außenpolitik:** André Scheer (-70); **Interview/Reportage:** Peter Wolter (-35); **Feuilleton und Sport:** Christof Meueler (-12); **Thema:** Andreas Hüllinghorst (-65); **Bildredaktion:** Sabine Koschmieder-Peters (-40); **Layout:** (-45); **Internet:** Peter Steiniger (-32); **Verlagsleiter:** Peter Borak (-49); **Marketing/Kommunikation:** Katja Klüßendorf (-16); **Aktionsbüro:** Carsten Töpfer (-10); **Archiv:** Stefan Nitzsche (-37); **Schreibbüro/Sekretariat:** Eveline Pfeil (-0); **Aufnahme:** (-88); **Herstellungsleitung:** Roland Dörre (-45); **Anzeigen:** Silke Schubert (-38); **Leserpost:** (-0); **Vertrieb/Aboservice:** Jonas Pohle (-82). Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. **Abonnements, Adressänderungen und Reklamationen:** Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, Tel.: 030/53 63 55-81/82, Fax: -48. E-Mail: abo@jungewelt.de

Abopreise: Normalabo Inland mtl. 33,10 Euro, viertelj. 96,30 Euro, halbj. 190,60 Euro, j. 377,30 Euro; Sozialabo mtl. 25,10 Euro, viertelj. 73,00 Euro, halbj. 144,50 Euro, j. 286,10 Euro; Solidaritätsabos mtl. Euro 42,10; Abopreise Ausland (EU) wie Inland zzgl. 13,10 Euro/monat. Versandkostenzuschlag.

Bankverbindung: Postbank, BLZ 100 100 10, **Abo-Konto:** Kto.-Nr. 63 48 54 107.
Anzeigenkonto: Kto.-Nr. 69 54 95 108. **Shop/Spendenkonto:** 69 56 82 100.
Druck: Union Druckerei Berlin GmbH. Art.-Nr. 601302/ISSN 041-9373.

Neonazis in der Krise

Vor NPD-Bundesparteitag: Kritik an Parteichef Holger Apfel nimmt zu. Politische Konzeptlosigkeit und Konkurrenz durch »Die Rechte« könnten Niedergang befördern. **Von Markus Bernhardt**

Im Vorfeld ihres 34. Bundesparteitages, der am kommenden Wochenende im oberfränkischen Rottenbach (Landkreis Coburg) stattfinden soll, steckt die neofaschistische NPD mehr denn je in einer politischen Sinnkrise. Nicht nur aufgrund der zunehmenden innerparteilichen Auseinandersetzungen, der anhaltenden öffentlichen Diskussion um ein Verbot, nachlassenden Finanzkraft und der erstarkenden Konkurrenz im neofaschistischen Lager – etwa durch die von Christian Worch gegründete Partei »Die Rechte« – steht die kommende NPD-Tagung unter keinem guten Stern.

So gelang es den Neonazis offenbar nicht einmal mehr, geeignete Räumlichkeiten für ihren Parteitag zu finden, zu dem insgesamt mehr als 400 Delegierte erwartet werden. Dies, obwohl die NPD Ende Februar sogar im »sozialen Netzwerk« Facebook »generell« für »Parteiveranstaltungen aller Art Säle in Privatbesitz für 200 bis 500 Teilnehmer« suchte. Es scheint, als verhallte auch dieser Hilferuf ungehört, weshalb die NPD nun trotz der anhaltend schlechten Witterungsverhältnisse in einem Großzelt auf einem Rottenbacher Privatgrundstück tagen will.

Doch selbst dies stellt die extremen Rechten vor weitere Schwierigkeiten. So kündigte das Coburger Landratsamt jüngst an, daß die Durchgangsstraße von Rottenbach wegen Bauarbeiten bis zum 12. April gesperrt werden müsse. Dadurch würde auch die Zufahrt der Neonazis zu ihrem Tagungsort erschwert. Auch bekommen sie selbst in einer kleinen Ortschaft wie Rottenbach Gegenwind. So macht etwa das Coburger »Bündnis gegen Rechts« gegen den Parteitag mobil und will die Bevölkerung mit Flyern über die Tagung der Neonazis und deren rassistische Hetze informieren. Auch die evangelische Kirche hat angekündigt, an Ort und Stelle gegen den Bundesparteitag zu demonstrieren. Ebenso die Linkspartei und weitere antifaschistische Organisationen.

Das größte Problem für die Partei dürften aber ihre eigenen Funktionsträger darstellen. So mangelt es dem aktuellen NPD-Bundesvorsitzenden Holger Apfel, der zugleich Fraktionschef seiner Partei im sächsischen Landtag ist, zunehmend an politischen Erfolgen. Schon Apfels Start als Parteichef



Die NPD pfeift aus dem letzten Loch, aber Kritik am Euro (hier im August 2012 in Dortmund) macht sich immer gut

im November 2011 fiel auf den für ihn unglücklichen Zeitpunkt, an dem erste Enthüllungen über das neofaschistische Terrornetzwerk »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) der breiten Öffentlichkeit bekannt wurden und die Partei in den Medien vielfach in einem Atemzug mit den Terroristen genannt wurde.

Auch die von Apfel angepriesene »seriöse Radikalität« hat sich im Alltagstest bisher als Luftnummer erwiesen. So verschreckte der NPD-Funktionär mit besagtem Konzept Teile der sogenannten »Parteifreien Kräfte«, denen die neofaschistische Partei schon immer zu handzahn erschien, die sich jedoch bisher von den Parteioberen – wenn vielerorts auch nur widerwillig – noch als Fußtruppen hatten einspannen lassen.

Unter der Führung Apfels, der sich nach der langjährigen, von Trägheit geprägten Regentschaft seines Vorgängers Udo Voigt der Parteienerneuerung verschrieben hatte, konnten sich die Neonazis bis heute nicht auf einen gemeinsamen Kurs einigen. So setzt die Partei zum einen auf offen neofaschistische Schreiheile wie Udo Pastörs, Vor-

sitzender der NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Auf der anderen Seite ist die NPD stets bemüht, sich als »bürgerlich« und »in der Mitte des Volkes« verankert und als »national-konservative« politische Kraft und »Kümmerer-Partei« zu inszenieren.

Als Konsequenz aus eben diesem Schlingerkurs gerät NPD-Spitzenfunktionär Apfel mittlerweile immer stärker unter Druck. So gründeten sich in den vergangenen Wochen unter dem Label »Freundeskreis Udo Voigt« in mehreren Städten Zusammenschlüsse, die sich nach einer Rückkehr des Apfel-Vorgängers sehnen.

Und auch die weitere Zersplitterung des neofaschistischen Spektrums in der Bundesrepublik dürfte dem derzeit noch amtierenden Parteichef immer gefährlicher werden. Versammeln sich doch beispielsweise in Nordrhein-Westfalen die führenden Köpfe verbotener »Kameradschaften« in der vom langjährigen Neonazikader Christian Worch im Mai 2012 gegründeten Partei »Die Rechte«, die bereits angekündigt hat, in Konkurrenz zur NPD zu Wahlen antreten zu wollen. Daß Holger Apfel

»Die Rechte« in einem Interview mit der *Jungen Freiheit* als »Phantompartei eines verbitterten Mannes« bezeichnet hatte, dürfte seine Sympathiewerte inner- und außerhalb der Partei dabei auch kaum befördert haben.

Sollte es dem amtierenden NPD-Chef auf dem kommenden Bundesparteitag nicht gelingen, ein schlüssiges politisches Konzept und einen dazu passenden Personalsvorschlag zu präsentieren, dürfte die Luft für ihn noch dünner werden. Zwar gilt ein »Zurück in die Vergangenheit« unter die Rigide von Udo Voigt selbst in der Partei als nahezu ausgeschlossen, da er vielen Mitgliedern politisch zu »blau« erschien, unmöglich ist jedoch aufgrund der innerparteilichen Verfahrenheit aktuell gar nichts. Auch nicht, daß die NPD-Mitglieder in der Person des wortgewaltigen neofaschistischen Populisten Udo Pastörs einen neuen Heilsbringer erkennen. Das aber dürfte alles frühestens im Rahmen der Neuwahl des Parteivorstandes beschlossen werden, den die NPD auf das kommende Wochenende vorgezogen hat, obwohl sie ursprünglich erst Ende des Jahres angestanden hätte.

Gedenken an Burak Bektas

BERLIN. Die »Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak B.« ruft für kommenden Sonnabend (6. April, 14 Uhr) am Friedhof Columbiadamm in Berlin-Neukölln zu einer Demonstration auf. Der 22jährige war in der Nacht vom 4. auf den 5. April des vergangenen Jahres gegenüber des Krankenhauses Neukölln auf offener Straße grundlos von einem Unbekannten erschossen worden. Auch zwei seiner Freunde, Alex. A. und Jamal A., wurden damals verletzt, überlebten aber die Mordnacht. Mit der Demonstration soll der Druck auf die Ermittlungsbehörden erhöht und Burak Bektas gedacht werden. »Wir fragen uns, welche Lehren die Behörden aus ihrem Versagen im Rahmen der Ermittlungen gegen den »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) gezogen haben. Ist Rassismus wieder das Motiv?«, fragen die Organisatoren im Aufruf und kritisieren das »bleierne Schweigen«, das Polizei und Staatsanwaltschaft zum Tod von Burak Bektas an den Tag legten. (bern)
◆ <http://burak.blogspot.de>

Rechte nun mit Fraktionsstatus

BREMERHAVEN. Mit dem Übertritt der bisherigen Stadtverordneten Rebecca Sarnow von der Fraktionsgemeinschaft aus »Bündnis 21« und Piratenpartei hin zur Splitterpartei »Bürger in Wut« (BIW) erhalten die Rechtspopulisten in Bremerhaven nunmehr Fraktionsstatus. Damit verfügen sie über insgesamt vier Abgeordnete in der Stadtverordnetenversammlung, womit ihnen auch deutlich höhere finanzielle Zuschüsse zustehen. Sarnow war 2011 ursprünglich für die Linkspartei in das Kommunalparlament eingezogen, hatte der Partei jedoch im vergangenen Jahr den Rücken gekehrt. (bern)

Straße für Silvio Meier

BERLIN. In Anwesenheit von Angehörigen und Freunden soll am 26. April (18 Uhr) an der Gabelsberger-/ Ecke Rigaer Straße im Berliner Bezirk Friedrichshain eine Straße nach Silvio Meier benannt werden. Der Hausbesetzer und Antifaschist war am 21. November 1992 am U-Bahnhof Samariterstraße von Neonazis attackiert und ermordet worden. Nachdem sich die »Initiative für ein aktives Gedenken« für die Umbenennung der Gabelsbergerstraße in Silvio-Meier-Straße ausgesprochen hatte, votierte 2012 auch die Bezirksverordnetenversammlung mit großer Mehrheit dafür. Damit werde Silvio Meier, auch im Namen aller Opfer von rechter Gewalt, posthum für sein kontinuierliches Engagement gegen jede Form menschenfeindlicher Einstellungen geehrt, so das Bezirksamt in einer kürzlich veröffentlichten Erklärung. Ein Anwohner hatte erfolglos vor dem Verwaltungsgericht geklagt. (bern)

Mißbrauch des Arbeiterkampftags verhindern

NPD-Aufmärsche in Berlin und Frankfurt geplant. Aufzug der Partei »Die Rechte« in Dortmund ungewiß

Gleich in mehreren bundesdeutschen Städten wollen Neonazis den diesjährigen »Tag der Arbeit« am 1. Mai mißbrauchen, um mit rassistischen Forderungen nach »nationaler Solidarität« und »Arbeitsplätzen zuerst für Deutsche« um öffentliche Aufmerksamkeit zu buhlen. Während die neofaschistische NPD zu Aufmärschen nach Berlin und Frankfurt am Main mobilisiert, ruft die Partei »Die Rechte« zu einer Demonstration nach Dortmund auf.

Ob die Kundgebung in der Ruhrgebietsstadt tatsächlich stattfinden wird, gilt indes als zweifelhaft. Schließlich sind viele der nordrhein-westfälischen

Neonazis, die zuvor in den »Freien Kameradschaften« – etwa dem »Nationalen Widerstand Dortmund« oder der »Kameradschaft Aachener Land« – aktiv waren, mittlerweile Funktionäre und Mitglieder der von Christian Worch ins Leben gerufenen Partei. Eben dies könnte den Neonazis nun zum Verhängnis werden. So untersagte der Aachener Polizeipräsident Klaus Oelze erst vor wenigen Tagen zwei von der Partei »Die Rechte« für 5. und 6. April in Stolberg angemeldete Aufmärsche, die in den Vorjahren traditionell von den militanten »Kameradschaften« organisiert worden waren. Diese waren jedoch vom nordrhein-westfälischen

Innenminister Ralf Jäger (SPD) im August 2012 verboten worden.

»Eine der zentralen Begründungen in der Verbotsverfügung ist für den Behördenleiter, daß die angemeldeten Versammlungen nichts anderes als die Fortführung von Versammlungen der inzwischen verbotenen »Kameradschaft Aachener Land« sind«, so das Aachener Polizeipräsidium. Besagte personelle Kontinuitäten und Verflechtungen bestehen auch in Dortmund. Besondere Brisanz erhält die Anmeldung der Rechtsextremen dort durch den brutalen Angriff von mehr als 300 Neonazis auf die 1.-Mai-Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahr 2009.

Sollte der diesjährige Neonaziaufmarsch in Dortmund nicht ebenfalls verboten werden, wollen sich ihm verschiedene Gewerkschaftsgliederungen, das Bündnis »Dortmund gegen Rechts« und andere Organisationen in den Weg stellen.

In Berlin und Frankfurt rufen Antifaschisten ebenfalls zur Verhinderung geplanter Propagandakundgebungen von Rechtsextremen auf. So Helga Schwitzer vom geschäftsführenden Vorstand der IG Metall am Montag in ihrem Redebeitrag beim Frankfurter Ostermarsch: »Wir werden auch am 1. Mai wieder auf diesem Platz stehen. Ich hoffe, mit noch viel mehr Menschen.« **Lenny Reimann**

FUSSBALL

Hopp, hopp!

SINSHEIM. Beim Vorletzten der Bundesliga, 1899 Hoffenheim, wurden am Dienstag sowohl Trainer Marco Kurz als auch Manager Andreas Müller entlassen. Unter Kurz rutschte Hoffenheim seit Dezember vom Relegationsplatz auf den direkten Abstiegsrang ab. Müller hatte den Trainer durchgesetzt und sich zuletzt durch Suspendierung des Torhüters Tim Wiese zu profilieren versucht. Nun muß er »das alles erst einmal in Ruhe für mich sacken lassen«, wie er am Dienstag erklärte. Auf der Trainerbank der Kraichgauer wird am Freitag Markus Gisdol Platz nehmen, der bis Dezember als Assistent von Huub Stevens bei Schalke 04 unter Vertrag war. Von 2009 bis 2011 hatte Gisdol bei der TSG Hoffenheim die zweite Mannschaft betreut. Sein Vertrag soll auch für die zweite Liga gelten. (sid/jw)

Ein Scheich rechnet nach

PARIS. Die französische Regierung will Einkommen ab einer Million Euro mit einer 75-prozentigen Steuer belegen. Wie am Dienstag aus Regierungskreisen verlautete, soll das entgegen anderslautender Mutmaßungen auch für Fußballklubs gelten. Zlatan Ibrahimovic, der bei Paris St. Germain rund neun Millionen Euro verdienen soll, würde mehr als sechs Millionen abführen müssen – beziehungsweise dies den Klub erledigen lassen. (sid/jw)

Immer weiter himmelblau

CHEMNITZ. Drittligist Chemnitzer FC hat den Vertrag mit Trainer Gerd Schädlich bis 2014 verlängert. Das gaben die Himmelblauen am Dienstag bekannt. Der 60jährige betreut die Sachsen seit 2008. Im Jahr 2011 führte er den Klub aus der Regionalliga in die 3. Liga. (sid/jw)

Kopf des Torhüters

HAMBURG. Philipp Tschauner, Torwart des FC St. Pauli, hat ein Tor zum Klassenerhalt beigesteuert. Beim Heimspiel gegen den SC Paderborn köpfte er am Montag kurz vor Abpfiff das 2:2. Die Hamburger verbesserten sich damit in der 2. Liga vom 13. auf den zwölften Platz. (sid/jw)

Der letzte Mann

MÜNCHEN. Hans-Georg »Katsche« Schwarzenbeck war beim FC Bayern und in der DFB-Auswahl der Mann hinter dem Libero Franz Beckenbauer. Er besserte die kaiserlichen Fehltritte aus und klebte am Gegner wie Kaugummi. Im Europacupfinale 1974 trabte Katsche in der 120. Minute über die Mittellinie, hielt einfach mal drauf und traf zum 1:1. »Des war scho a Wahnsinn«, erinnert sich der Sohn eines Ringers und gelernte Buchdrucker, der bis vor kurzem einen Zeitungskiosk führte. Heute wird er 65. (sid/jw)

Der FC Carl Zeiss Jena hat nicht nur mehr DDR-Oberligaspiele gewonnen als der BFC Dynamo (442:441), sondern machte auch international was her. 1981 zog Jena unter Trainer Hans Meyer gegen den AS Rom, den FC Valencia und Benfica Lissabon ins Europapokalfinale der Pokalsieger ein. Meyers zweite Amtszeit in der Thüringer Toskana endete 1994 mit dem Abstieg in die Regionalliga, der Klub kehrte nach einem Jahr aber in die zweithöchste Spielklasse zurück, und vor fünf Jahren nahm er dann am einzigen DFB-Pokalspiel teil, das mehr als 80 000 Zuschauer hatte. Mit Jan Simak und Nils Petersen wurde damals in Dortmund der Finaleinzug verpaßt, und seither ist es doch merklich stiller geworden um den dreimaligen DDR-Meister.

Aus größerer Ferne scheint sich Carl Zeiss in der vierten Liga einzurichten, aber genau das will die Chefetage des Traditionsklubs auf Teufel komm raus verhindern. Tabellenprimus in der Regionalliga Nordost ist mit Abstand RB Leipzig. Jenas Rückstand auf den einzigen Aufstiegsplatz ist auch auf unbespielbare Plätze zurückzuführen. Die Winterpause hat sich für Carl Zeiss diesmal sehr in die Länge gezogen. Am 23. März wurde sie nach 105 Tagen beendet – mit einem glücklichen 1:1 beim FSV Zwickau, dessen Torsteher Marian Unger anschließend bekanntgab, Jena könne sich nur in einer solch schwachen Liga für eine Spitzenmannschaft halten.

Carl-Zeiss-Trainer Petrick Sander hätte dem ehemaligen Jenaer Nachwuchskeeper so eine Aussage »nicht zugehört«, stimmte in der Bewertung des Spiels aber im großen Ganzen überein: Man sei den eigenen »Ansprüchen 90 Minuten lang hinterhergerannt«, besser noch »gehoppelt«, und zwar »wie die Osterhasen«. Die zweite Jenaer Partie des Jahres am Osterwochenende bei Optik Rathenow wurde dann wieder abge-

Und vorne im Sturm die Chefs

Der FC Carl Zeiss Jena wird von Vollprofis geführt, hoppelt den Ansprüchen aber hinterher



Muß in der nächsten Woche »eine Konzeption vorlegen«: Petrick Sander

sagt, und im Schneetreiben meldete sich die Chefetage zu Wort. »Wir haben einen Zweijahresplan«, tat Präsident Rainer Zipfel kund. An dessen Ende stehe der Aufstieg. Wer nicht mithalten könne, solle sich nicht auf seinen Vertrag verlassen: »Jeder spielt unter Bewahrung.«

Bei der Aufsichtsratssitzung am 9. April sollen entsprechende Weichen gestellt werden, bestätigte der Chef des Gremiums, Reinhardt Töpel: »Jena muß in die dritte Liga. Sonst droht reiner Amateurfußball. Mit mir ist das dann nicht mehr zu machen und mit dem Präsidenten auch nicht.« Ob der frühere Cottbuser Erstligatrainer Petrik Sander diesem Verständnis vom »reinen Profitum« genüge, mochte Töpel nicht mit Sicherheit sagen: »Er muß eine Konzeption vorlegen. Dann entscheiden wir, ob sein Vertrag verlängert wird.« Bis 15. April soll das passiert sein, meinte Töpel: »Ich war bisher von den Leistungen und auch vom Engagement von Herrn Sander überzeugt. Aber jetzt muß Qualität gezeigt werden.« Mit einem gegenüber dem Vorjahr halbierten Etat, versteht sich. Abgänge sollen mit dem eigenen Nachwuchs kompensiert werden. Zum Beispiel soll Rechtsanwalt Florian Giebel in die erste Mannschaft vorstoßen: »Das ist ein Junge, der hat Herz«, sagt Präsident Zipfel. »Mit ihm wollen wir verlängern.«

Obwohl Zuschauerzahlen und Aufmerksamkeit sinken, halten die Sponsoren zum Verein – noch, sagt Aufsichtsratschef Töpel: »Ich will gar nicht daran denken, was passiert, wenn wir den Aufstieg im nächsten Jahr nicht schaffen.« Selbst dann soll das Ernst-Abbe-Sportfeld am Fuße der Kernberge modernisiert werden, die EU hat Fördermittel in Höhe von 26,5 Millionen Euro zugesagt. Der Stadtrat muß dem Bau noch zustimmen. Es gibt Viertligisten mit schlechteren Perspektiven, aber deren Tradition ist nicht vergleichbar. Jens Walter

LATIN LOVERS. DU UND KIRCHE. VON ANDRÉ DAHLMAYER

Einen wunderschönen guten Morgen! Anfang des Jahrtausends war der Club Atlético Independiente aus dem Großraum Buenos Aires statistisch der international erfolgreichste Verein auf dieser verdammten Kartoffel. Das war vor allem dem Emblem des Clubs, Ricardo Bochini, geschuldet. Bochini war einst das Vorbild eines gewissen Diego Armando Maradona, der viel später behauptete, schon immer Fan der Boca Juniors gewesen zu sein. Alles Lüge.

Was hat Maradona schon mit Boca zu tun? Er gewann mit denen ein »Campeonato Metropolitano«, die Stadtmeisterschaft von Buenos Aires, und zwar 1981, während der letzten Militärdiktatur. Sowa zählt nicht. Hatte Geheimverhandlungen mit dem Erzrivalen River Plate. Danach verließ

er sich ins Pesetenparadies Spanien, zum FC Barcelona, wo er im Schatten von Bernd Schuster wirkte. Die von Boca vergessen nicht, daß Maradona ein »Bicho« ist, eine Stechmücke – so der Spitzname des Clubs Argentinos Juniors, der Maradona groß gemacht und sein Stadion nach ihm benannt hat. Der Maestro verleugnet seine Herkunft gern respektive behauptet, sie sei blau-golden, und selbstredend nur das. Alter Schwede.

In Boca spielte Diego ein Blitzturnier und dann nochmal mit dickem Bauch und verheerenden Dopingproblemen. Gemocht wurde er bei Boca von der Mafia, die u. a. das Merchandising kontrolliert, zum Teil aus dem Knast heraus.

Maradona und Bochini haben in Argentinien ihre jeweils eigene

»Kirche«, die von Maradona ist ein mafioser »Gebrauchtpuff« auf Neureichenrussebene der 90er (man sollte alle, die in abgeschirmten Reichenvierteln über »Unsicherheit« schwadronieren, im Gulli runterspülen, hoffen, daß man nicht in den Sog gerät und Chinakracher hinterherwerfen, die slowakisch sein dürfen; Pizza war früher in Berlin schließlich auch immer georgisch). Die Kirche von Bochini ist ganz anders, aber hier geht's ja um Independiente, nicht wahr? Schon vergessen? Die Teufel stehen kurz vor dem Abstieg in die »B Nacional«, die zweite Liga der Gauchos.

Seit der Einführung des Profifußballs in Argentinien 1933 sind nur Independiente und die Boca Juniors noch nie abgestiegen. Am Sonntag trafen die aufeinander. Boca im Tabellenkeller, mit

erst einem Meisterschaftssieg und bis dato peinlichen Auftritten in der Copa Libertadores, Independiente im Schauertal des sogenannten »Promedio«, des Durchschnittskoeffizienten silberländischen Balltreitens, der über drei Jahre und also sechs Blitzmeisterschaften über Abstieg oder Freudentränen entscheidet.

Boca bewies nichts außer Effizienz. Zwei Chancen, zwei Tore. Beide durch den »Uru« Silva und per Dez. Erfreulicherweise zählte eins nicht wegen Regelverstoß. Bei den Teufeln schrieb sich das anders. Mindestens 15 Chancen und nur eine Einlochung durch den Paraguayer Moré Rodríguez (Ex-Boca) per Nachschuß. Bislang ist noch keinem Angreifer von Independiente ein Torschuß gelungen. Endlich darf ich auch mal zweitklassig sein. Viva el H-S-V!!! Peter Nogly Superstar!



Zwischen den Hochs über Großbritannien und der Ostsee und dem Tief über dem Balkan ziehen wieder ein paar Schneeflocken oder ein wenig Sprühregen nach Mitteleuropa. Die kräftigen Regen- und Gewittergüsse dauern in Südosteuropa an und erreichen die Türkei.

Wetter	heute	morgen
Amsterdam	heiter	7° 7°
Athen	Schauer	17° 21°
Bangkok	wolkig	41° 40°
Barcelona	heiter	17° 15°
Belgrad	Regen	7° 12°
Brüssel	wolkig	6° 7°
Dublin	sonnig	7° 7°
Havanna	wolkig	32° 31°
Helsinki	heiter	1° 1°
Istanbul	Regen	17° 13°
Kairo	heiter	31° 25°
London	wolkig	6° 4°
Los Angeles	wolkig	24° 22°
Moskau	wolkig	3° 3°
New York	wolkig	7° 12°
Paris	wolkig	8° 9°
Prag	Schnee	3° 3°
Rom	Schauer	14° 15°
Rostock	wolkig	3° 4°
Stockholm	heiter	5° 5°
Tokio	Schauer	17° 19°
Warschau	Schnee	1° 1°
Wien	Schnee	2° 7°
Zürich	wolkig	9° 13°



Norddeutschland
Erst sonnig oder heiter bis wolkig. Später bewölkt, aber meist trocken. 3 bis 7 Grad.

Süddeutschland
Im Südwesten teils gering, sonst wechselnd bis stark bewölkt. Südlich der Donau etwas Sprühregen.

Ostdeutschland
Anfangs noch Chancen auf Sonne. Minus 3 bis plus 4 Grad. Mäßiger bis frischer Nordostwind.

Westdeutschland
Erst wechselnd bis stark bewölkt. Später freundlicher. 2 bis 9 Grad. Mäßiger, im Bergland frischer Wind um Ost.

Österreich/Schweiz
Viele Wolken und gebietsweise Schnee oder Regen, im Mittelland und in den Schweizer Alpen etwas freundlicher. 4 bis 12 Grad.

Sonne & Mond für Berlin
☀️ 06:36 🌙 02:54
☁️ 19:44 🌑 11:48

WetterKontor